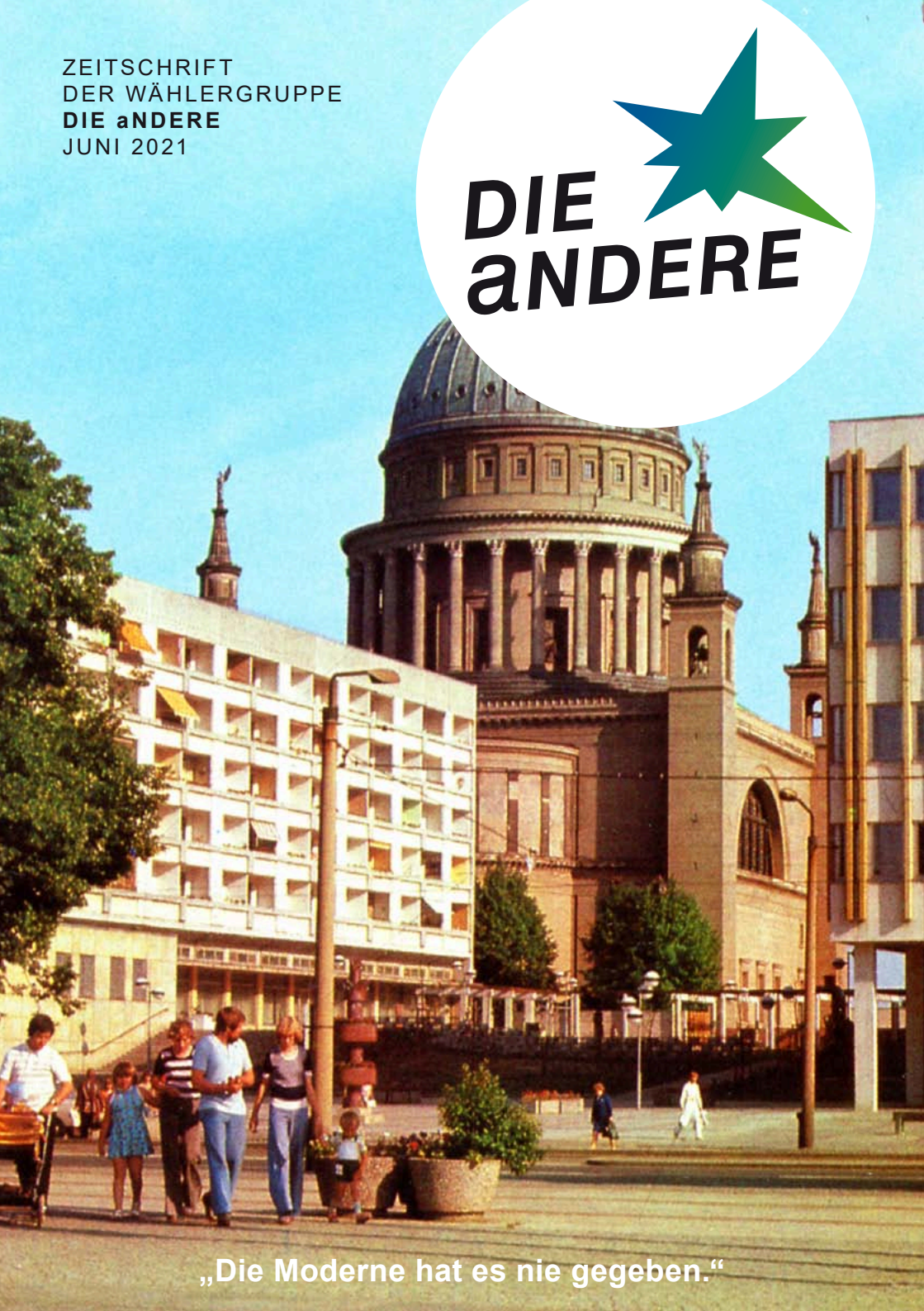
ZEITSCHRIFT
DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
JUNI 2021

DIE aNDERE



„Die Moderne hat es nie gegeben.“

Liebe Leserinnen und Leser!

„Potsdam lebt eine Stadtentwicklung von vorgestern.“, *„ökonomisch wie auch ökologisch fragwürdig“* oder *„Gerecht, ohne Klimaschutz? Wie das?“* – Diese und andere Zitate konnten wir in den letzten Tagen wiederholt lesen und hören (*Fridays for Future Potsdam* bzw. *Grüne Liga*). Es geht dabei um den nun beschlossenen Abriss des Staudenhof-Gebäudes in der Potsdamer Mitte, der noch lange kontrovers diskutiert werden wird und den die Wählergruppe weiterhin kritisch begleitet.

In diesem Heft stellen wir uns daher wiederholt die Frage nach einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Stadtpolitik. Unsere Autor*innen werfen einen Blick auf die Arbeit der letzten Jahrzehnte des Baudezernates und betrachten den Umgang mit dem Instrument des Erbbaurechtes der *ProPotsdam*. Wie steht es zudem um die Mieterhöhungen des kommunalen Wohnungsunternehmens während der Corona-Pandemie? Und was kann ein Bürgerbegehren zu einem *Potsdamer Mietendeckel* bewirken? Auch diese Fragen sollen nicht unbeantwortet bleiben.

Im Interview mit **Jörg Kwapis** – dem Sprecher der Initiative *Gesunde Zukunft* – werden wir in Erfahrung bringen, wie es mit der tatsächlichen Umsetzung des Bürgerbegehrens zum städtischen Klinikum aussieht. In weiteren Artikeln werden wir Sie über den aktuellen Sachstand zur Unterbringung von Geflüchteten informieren und die kulturelle Revolution nach Potsdamer Art hinterleuchten.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und freuen uns wie immer über Anregungen und Kritik.

Anja Heigl für das Redaktionsteam
Potsdam – Juni 2021

Inhalt

Aus dem Rathaus

04 **Kurznotizen**

07 **Das führt zur Demokratieverdrossenheit**
Ablehnung notwendiger Debatten durch Machtausübung

Geschichtsschreibung

13 **Verdammt lang her und gegenwärtig**
Die kulturelle Revolution nach Potsdamer Art

Personalia

23 **Andreas Goetzmann**
Kommen und Gehen einer behördlichen Führungskraft

Städtische Betriebe

31 **Gesunde Zukunft?**
Ein Interview mit Dr. Jörg Kwapis, Sprecher der Initiative *Gesunde Zukunft*

Gesellschaft und Raum

34 **„Sicherer Hafen“ ist mehr als ein Label**

36 **Staudenhof – Teil 1: Seine „grüne“ Zukunft**

39 **Staudenhof – Teil 2: Seine „instabile“ Vergangenheit**

Freizeit

45 **Bitte gehen Sie weiter!**
Ausflugstipps für den Süden

Wohnen

49 **Retten wir die ProPotsdam!**
Bürgerbegehren für einen Potsdamer Mietendeckel

52 **Erbbaupacht in Potsdam – ein Mauerblümchendasein**

54 **Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!**
Teil 7 – und Schluss

Aus dem Rathaus
Kurznotizen

VON LUTZ BOEDE

Staudenhof soll abgerissen werden

Am 05. Mai beschloss die SVV den Abriss des Wohnblocks am Staudenhof. Wie umstritten diese Entscheidung ist, zeigte eine gut besuchte Kundgebung vor der MBS-Arena. **Otto Richter** von *Fridays for Future* und **Philipp Jamme** vom *Bund Deutscher Architekten* setzten sich in Rederechten für den Erhalt des Staudenhofes ein. Dennoch folgte eine Mehrheit dem nicht schlüssigen Variantenvergleich der Verwaltung. Dieser lässt viele Fragen offen und weist weder einen wirtschaftlichen noch einen wohnungspolitischen Vorteil des Abrisses gegenüber der Sanierungsvariante nach. Letztlich entstehen der öffentlichen Hand Mehrkosten in Höhe von mehr als 21 Millionen Euro und angesichts der steigenden Baukosten dürfte diese Summe sicher noch erheblich steigen. DIE aNDERE hat einen Flyer zum Staudenhofabriss erstellt, in dem wir uns neben den Kosten vor allem auch mit sozialen und klimapolitischen Folgen des Abrisses auseinandersetzen. Interessierte können ihn auch auf unserer Homepage nachlesen.[1]

Brandbriefe aus dem Gesundheitsamt

Beschäftigte des Gesundheitsamtes wandten sich im Dezember 2020 in einem Brandbrief an den Oberbürgermeister. Darin kritisierten sie neben einer mangelhaften technischen und personellen Ausstattung auch die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit. Der Oberbürgermeister kritisierte öffentlich die Form der Kritik. Der Brief war unbeabsichtigt geleakt worden und die Lokalpresse hatte vor der Übergabe berichtet. Allerdings steht wohl die übergroße Mehrheit der Beschäftigten des Gesundheitsamtes hinter der Kritik. Nach zwei *Kleinen Anfragen* unserer Fraktion räumte der OB schließlich ein, dass sich 58 Mitarbeiter*innen an ihn gewandt hätten. Die Kritikpunkte sollen nun in einer Mitarbeiterversammlung beraten werden (Ds 21/SVV/0312).

Wie sozial und ökologisch wird Krampnitz?

Bisher hat DIE aNDERE die Entwicklung eines neuen Stadtteils in Krampnitz mitgetragen. Dort sollten in einem klimaneutralen Stadtteil mit Tram- und Bahnanbindung viele neue Wohnungen mit günstigen Mieten entstehen und einige Lücken in der Infrastruktur des Potsdamer Nordens geschlossen werden. Inzwischen sind erhebliche Risiken für die Entwicklung in Krampnitz bekannt geworden. Entgegen aller Beteuerungen ist eine CO2-neutrale Wärme- und Energieversorgung nicht gesichert, sondern ein normales Gasheizwerk geplant. Ob der Bau von 5.000 Wohnungen mit der Landesplanung vereinbar ist, ist fraglich. Der Bau der Tram ist unsicher und könnte an Rechts- und Eigentumsfragen scheitern. Kann Krampnitz aber nicht groß genug werden, entsteht dort nur ein Renditeobjekt der *Deutsche Wohnen AG* und kein sozialer Wohnraum. Daher hat DIE aNDERE beantragt, zuerst die Voraussetzungen für die Entwicklung des gesamten Stadtteils zu schaffen, bevor weiter vollendete Tatsachen geschaffen werden (21/SVV/0436). Wir sind auf die Diskussion gespannt.

Potsdam prüft Zisternen

Auf unseren Antrag (21/SVV/0038) prüft der Oberbürgermeister, ob auf städtischen Grundstücken Zisternen zur Sammlung von Regenwasser gebaut werden können. Durch das Sammeln von Regenwasser soll verhindert werden, dass bei Starkregen große Wassermengen über die Flüsse abfließen. In den nächsten Jahren wird es wichtig sein, Niederschlagswasser in der Region zu halten, um den Baumbestand, so gut es geht, zu schützen und die Dürreschäden zu minimieren.

Halbherzig gegen Schottergärten

Unser Antrag, die Stadt künftig durch eine Vorgartensatzung vor Schottergärten zu schützen (20/SVV/1122) wurde auf Betreiben der Linken durch eine bloße Willenserklärung ersetzt, Flächen nicht zu versiegeln, sondern zu bepflanzen. Die Verwaltung soll dieses Anliegen nun in B-Plänen und Erhaltungssatzungen umsetzen und in Bauvorbescheiden auf das Ziel hinweisen.

Noch bis August für ein aNDERES Potsdam im Rathaus:

© Michael Lüder

aNDERE Fraktion 2021 (v.l.n.r):
Christian Kube, René Kulke, Katharina Tietz, Christian Raschke, Carsten Linke, Anja Heigl

[1] **https://die-andere.org/staudenhof-fake-news-der-abrisslobby/**

Bessere Arbeitsbedingungen im städtischen Klinikum

Ein Jahr nachdem die SVV die Bürgerbegehren für faire Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe *Ernst von Bergmann* übernommen hat, lässt die Umsetzung immer noch viele Wünsche offen. So hat der Oberbürgermeister bisher keine Aktivitäten zur Entlastung der Beschäftigten durch Mindestpersonalschlüssel gestartet. Um auf dieses Versäumnis hinzuweisen, hingen am 06.05.2021 Beschäftigte des Klinikums vor dem Stadthaus symbolisch ihre Dienstkittel an den Nagel.

Auch bei der Überführung der Arbeitsverträge in den TVöD gab es einige unschöne Tricksereien der Geschäftsführung. Immer wieder hören wir von Versuchen, Leistungen an Dritte zu vergeben, die untertariflich zahlen (Reinigung, Empfang), von Menschen, die das Klinikum verlassen und zu einem Verzicht auf Nachzahlungen gebracht werden sollen oder von Beschäftigten, denen nach Jahrzehnten im Klinikum nun ihre Berufserfahrungsstufen nicht in die neuen Arbeitsverträge geschrieben werden sollen. DIE aNDERE hat daher beantragt, die Berufserfahrungsstufen zu bezahlen und keine weiteren Leistungen zu Konditionen unterhalb des TVöD zu vergeben. Leider wurden beide Anträge abgelehnt. OB **Mike Schubert** begründete dies damit, dass die Beschlussfassung der Stadtverordneten es nicht ermöglicht hätte, den erforderlichen Überleitungstarifvertrag abzuschließen. Dabei hatte die Gewerkschaft *ver.di* unmittelbar nach der Beschlussfassung am 06. Mai 2020 in einem Brief an den OB, die Geschäftsführung des Klinikums und die Stadtfraktionen angeboten, kurzfristig einen solchen Überleitungsvertrag auszuhandeln, mit dem der Übergang zum 01.06. hätte erfolgen können. Aber das Interesse war offenbar nicht vorhanden.

Maßnahmen für antifaschistisches Gedenken

Die VVN-BdA *(Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten)* schrieb im März einen Brief an die Fraktionen der SVV und regte einige Maßnahmen an, die das antifaschistische Gedenken an authentischen Erinnerungsorten im Stadtgebiet besser sichtbar machen sollen. So sollen mehr Informationen zu Erinnerungsorten und zu den Gerechten unter den Völkern auf der städtischen Homepage bereitgestellt und eine wissenschaftliche Untersuchung zum Todesmarsch durchgeführt werden, der im Februar 1945 aus dem KZ Lieberose über das Potsdamer Stadtgebiet in das KZ Sachsenhausen führte. DIE aNDERE initiierte einen gemeinsamen Antrag mit Linken, SPD und Grünen, um diese Anliegen umzusetzen.

Einbürgerung im weltoffenen Potsdam mit Hindernissen

Mit fragwürdigen Methoden verhindert die Einbürgerungsbehörde seit Monaten, dass Menschen die Einbürgerung beantragen können. Antragstellende warten inzwischen etwa ein Jahr auf einen Termin in der Behörde. Die schriftliche Antragstellung wird dadurch erschwert, dass die Antragsformulare nicht mehr online auf der städtischen Homepage zur Verfügung gestellt werden. Entgegen anderslautenden Gerichtsentscheidungen besteht der Oberbürgermeister darauf, dass ein gültiger Nationalpass vorgelegt werden muss – auch wenn ein in Deutschland ausgestellter Ersatzpass vorliegt. DIE aNDERE hat mehrere *Kleine Anfragen* zum Thema eingebracht und wird bei Bedarf einen Antrag in die SVV einbringen.

Aus dem Rathaus

Das führt zur Demokratie-verdrossenheit

Ablehnung notwendiger Debatten durch Machtausübung

VON STEFFEN PFROGNER

In einer vorherigen Ausgabe der Wählergruppenzeitung schrieb ich von meinen Erwartungen und Enttäuschungen nach dem erworbenen Stadtverordnetenmandat, insbesondere im Hinblick auf das Planen und Bauen in der Landeshauptstadt Potsdam. Dem Rotationsprinzip der Fraktion DIE aNDERE folgend habe ich im August 2020 das Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Die Wählergruppe hat mich nun als sachkundigen Einwohner in den *Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes* (SBWL) entsandt. Inhaltlich ein nahtloser Übergang, allein das Stimmrecht ist entfallen.

Rotation – Vielfalt in der demokratischen Meinungsbildung

Häufig wird dem Rotationsprinzip unterstellt, es wirke einer kontinuierlichen und erfolgreichen Begleitung langfristig angelegter Prozesse entgegen, es gäbe Informationsverluste und durch den Wechsel von Entscheidungsträger*innen würden alte, längst geklärte kommunalpolitische Fragen erneut aufgeworfen. In der Fraktion DIE aNDERE habe ich eine einjährige Rotation erlebt und gelebt. Und jetzt, ein dreiviertel Jahr danach, verspüre ich nicht einmal Entzugserscheinungen zu abhandengekommenen Entscheidungsbefugnissen in der Stadtpolitik. **Die Rotation tut gut.**

Das setzt allerdings etwas voraus, was DIE aNDERE konsequent praktiziert: Uneingeschränkter Informationsfluss und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Mitstreiter*innen der Wählergruppe sowie – das ist für den Erfolg einer Rotation mitentscheidend – eine alle kommunalpolitischen Prozesse kontinuierlich begleitende Fraktionsgeschäftsstelle. Denn diese bereitet den Stadtverordneten der jeweiligen Rotationsrunde die aktuellen Beschluss- und Mitteilungsvorlagen auch im Rückblick auf bereits in anderen Rotations- und Wahlperioden stattgefundene Debatten und Entscheidungen sorgfältig vor.

Darüber hinaus haben sowohl die aNDEREN sachkundigen Einwohner*innen als auch alle aNDEREN Interessierten uneingeschränkte Möglichkeit, an den für sie wichtigen Veranstaltungen teilzunehmen, ganz zu schweigen von den offen geführten Fraktionssitzungen.
Das ersetzt zwar nicht die Individualitäten eines*r jeweiligen Mandatsträger*in, wirkt jedoch der Verstetigung von scheinbar unveränderlichen, von langjährig festsitzenden Kommunalpolitiker*innen vertretenen Positionen entgegen. Den Kritiker*innen des Rotationsprinzips halte ich entgegen, dass sie damit die Lebendigkeit der demokratischen Meinungsbildung, das ständige Hinterfragen von Entscheidungen ausbremsen. Andere, auch neue

Sichten, die gerade auch von neu hinzugekommenen Mandatsträger*innen eingebracht werden, können überholte Sichten in Frage stellen.

Mit einer Rotation wird einem dauernden, fast lebenslangen Kampf gegen den Verlust von Aufmerksamkeit der Person in der Öffentlichkeit entgegengewirkt. Viele langjährige Mandatsträger*innen würden im Falle ihres Mandatsverlustes mit der dann nicht mehr unmittelbar kommunalpolitischen Entscheidungsfindung konfrontiert sein, ein oft schmerzlicher Verlust an persönlicher Deutungshoheit. Die oft auch schon über Jahrzehnte ausgeübten Mandate führen zur Durchsetzung persönlicher Sichten unter dem Deckmantel die Meinung der Fraktion zu vertreten. Die jüngeren, neu Hinzugekommenen haben es mit ihren frischen, noch unvollständig formulierten Ideen schwer, den Altgedienten mit ihren Erfahrungen etwas entgegenzusetzen.

In der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam gibt es zahlreiche Mandatsträger*innen, die diese Einschätzung verkörpern. Zuweilen führen sie nur noch ihre persönlichen Sichten in die politische Debatte ein und bremsen eine vielfältige, auch kontrovers geführte Debatte mit allerlei Formalismus aus. Wie sich das in jüngster Zeit darstellte, will ich an Beispielen darstellen.

Erarbeitung einer Vorgartensatzung

Ziel des Antrages der Fraktion DIE aNDERE ist es, zu analysieren, wo es anhand der Gebietstypik Bebauungsplangebiete mit einem baugestalterischen Bezug gibt, in welchem eine Vorgartensatzung angebracht wäre und einen entsprechenden Vorschlag für eine Mustersatzung mit grundsätzlichen Regularien zu unterbreiten. Der Antrag wurde mit allerlei Formalitäten und Unwägbarkeiten bekämpft, vorne weg umgehend durch die Verwaltung.

Deren Fachbereichsleiter Stadtplanung **Andreas Goetzmann** (siehe auch Artikel Seite **23**) bestätigte zwar, die neue Fassung entspreche präzise der rechtlichen Situation, holte dann aber umgehend mit einer Vielzahl von Positionen aus, um den Antrag zur Unmöglichkeit zu degradieren. Die Größe der Stadt Potsdam mit ihren 180 km² bewirke einen äußerst hohen Bearbeitungsaufwand, für den keine Verwaltungskapazitäten bereitstünden. Der im Antrag angegebenen ersten Berichterstattung im Juni 2021 könne nicht gefolgt werden, aufgrund fehlender Kapazitäten könne die Verwaltung bis dahin noch nicht einmal beginnen, da haushaltsrechtliche Voraussetzungen nicht gegeben seien. Auch wäre eine Durchsetzung einer derartigen Satzung nur mit einem hohen Verwaltungsaufwand leistbar.

Anja Heigl von unserer Fraktion entgegnete, dass es sich die Verwaltung hier zu einfach machen würde, indem sie wiederholt auf die fehlenden Kapazitäten verweist und hält den analytischen Aufwand für relativ überschaubar und in dem vorgegebenen Zeitrahmen leistbar. In mehreren anderen Städten gäbe es Verbote von Schottergärten. So könne man dem Klimaschutz nicht gerecht werden. Mit dem Antrag solle die Verwaltung exemplarisch Gebiete verschiedener planungsrechtlicher und bauordnungsrechtlicher Sachlage auswählen, wo der Erlass einer Gestaltungssatzung mit dem Ziel des Verbots von Schottergärten erforderlich ist oder sein könnte. Im Ergebnis dessen solle eine Mustersatzung und ein Konzept zur Umsetzung einer Informations- und Beratungskampagne zur ökologischen Grundstücksgestaltung unterbreitet werden.

Materialdisziplin und Ordnungswille: Sieg über das Leben

Der Beschlussantrag wurde im SBWL-Ausschuss nicht mehr votiert, da ein sehr verwässerter, an das Bewusstsein der Bürger*innen appellierender Änderungsantrag von DIE LINKE die Mehrheit der Rathauskooperation und der übrigen bürgerlichen Fraktionen gefunden hat.

Klimabewusste Landesförderung zur Sanierung von Bestandsgebäuden – Erhalt Staudenhof

An Stelle den eigentlichen Antragsinhalt tiefgründig zu debattieren, erahnen mit Ausnahme der LINKEN die Rathauskooperation und die übrigen bürgerlichen Fraktionen den Untergang der barocken Stadtentwicklung. Natürlich wäre das Wohnhaus am ehemaligen Staudenhof ein aktuelles Bestandsgebäude, an dem eine klimabewusste Landesförderung praktiziert werden könnte und dies würde die bisherigen bürgerlichen Stadtentwicklungsintentionen in Frage stellen. Dazu mehr im Beitrag von **Carsten Linke** (Seite **36**).

Für die Verwaltung offerierte ihr Fachbereichsleiter Stadtplanung **Andreas Goetzmann**, dass der Antrag von der Grundintention her der richtige Weg sei. Dem setze er zugleich ablehnend entgegen, dass die Verwaltung für die Gespräche mit dem Land konkret wissen müsse, in welche Richtung die Gespräche zielen sollen: Erhöhung der Bestandsförderung zu Lasten der Neubauförderung oder Erhöhung der Förderung der Sanierung von Bestandsgebäuden ohne Umverteilung von Mitteln aus der Neubauförderung.

Diese Fragestellung griffen die bürgerlichen Fraktionen umgehend auf, um gegen den Antrag mit allerlei allgemeingültigen Positionen zu argumentieren. Den Höhepunkt der Debatte setzte **Dr. Zöller** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit seiner Position, es sei nicht erwiesen, dass die Sanierung eines Gebäudes gegenüber dem Abriss und anschließenden Neubau aus energetischer Sicht günstiger sei. An diesem Punkt der Erörterung des Beschlussantrages begab sich der Ausschuss auf ein sehr tiefgelegtes fachliches Niveau.

Der sich allgemein auf die Förderung der Sanierung von Bestandsgebäuden gerichtete Antrag war der breiten Ablehnung nahe, wie es dann auch erfolgte. Das Erkunden, was das Land und die ILB zusätzlich zu bereits bestehenden Förderungen, beispielsweise durch Auflegen eines Förderprogrammes, machen können, sollte nicht geschehen. Die von den LINKEN geäußerte Kritik, dass der Titel an Stelle des Antragsinhaltes zum Maßstab aller Dinge gemacht wird, verhallte als wäre er nicht gehört worden. Der dem Ausschuss ständig beiwohnende Vertreter von *Fridays for Future* äußerte im Anschluss der Sitzung nur noch sein Unverständnis und seine Ratlosigkeit über so viel Borniertheit.

Potsdamer Mitte: Umsetzung des Leitbautenkonzepts für Block V

Die *ProPotsdam* zweifelt an, dass eine Sanierung des Wohngebäudes am ehemaligen *Staudenhof* zu günstigeren Mieten führen würde. Sie stellt die hohen Anforderungen für eine aufwändige Sanierung der Neubauvariante mit geschlossener Blockstruktur mit Innenhofbebauung gegenüber. Die Nachhaltigkeit bei Sanierung und Neubau wird grob thematisiert, ohne eine wirklich volkswirtschaftliche Rechnung anzustellen. Im Ergebnis kommt sie zum Schluss, dass bei einem Neubau mehr Wohnfläche, einschließlich Barrierefreiheit, geschaffen werden könne. Durch Fördermittelnutzung könnten 75 Prozent der Wohnungen belegungsgebunden vergeben werden, so dass die Mieten niedriger als bei einer Sanierung wären.

Das war der erwartete Aufschlag im SBWL-Ausschuss. Für die einen, den Abriss des Wohnhauses am Staudenhof sehnlichst erwartend, eine tragfähige Grundlage ihrer schon im Herzen beschlossenen Zustimmung zu den Sanierungszielen für den *Block V* in der Potsdamer Mitte mit dem verschmähten Überbleibsel sozialistischen Städtebaus. Für uns von DIE aNDERE und für DIE LINKE Anlass, den Erhalt und die Sanierung eines hervorragenden baulichen Zeugnisses der Nachkriegsmoderne befürwortend, den Beschlussantrag breit und die Alternativen genau bewertend zu erörtern. Somit stellte **Anja Heigl** von DIE aNDERE den Geschäftsordnungsantrag (GO), eine erste und eine zweite Lesung vorzunehmen, um in den Fraktionen die Ergebnisse der ersten Lesung nochmals zu bewerten.

Und schon begann die Gegenoffensive. Immobilienunternehmer **Wolfhard Kirsch** (Bürger-Bündnis) wandte sich gegen den Geschäftsordnungsantrag. Der Vergleich der *ProPotsdam* liege vor, so dass die Meinungsbildung heute erfolgen könne. Und dann erfolgte mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD die Ablehnung. Soweit eine erste Ernüchterung, der dann eine Unverschämtheit folgte. Im Verlauf der weiteren Ausschusssitzung erklärte **Saskia Hüneke** von Bündnis 90/Die Grünen, dass sie den GO-Antrag nicht verstanden habe und eine Lesung beantragt worden sei. **Saskia Hüneke** schlug vor, sich in der nächsten Sitzung nochmals mit dieser Vorlage zu befassen. Dagegen äußerte sich **Wolfhard Kirsch**, dass dies gerade bei dem GO-Antrag abgelehnt worden ist.

In der nun in einer Lesung[1] geführten Debatte wurden überzeugende und weniger überzeugende Positionen ausgetauscht, die in einer zweiten Lesung für die Meinungsbildung entkräftet

[1] **Leider wurde nur eine einzelne Lesung (= Erörterung) zugelassen, ohne die Beschlussvorlage tiefgründiger in einer zweiten Lesung zu besprechen.**

◄ ***„POTSDAMS GRÜNE POLITIK: ASOZIAL, UNÖKOLOGISCH, UNRENTABEL – STAUDENHOF RETTEN!“*** **Protestbanner am Staudenhof, Juni 2021**

oder gestärkt hätten werden können. Schlussendlich wendete sich der Baubeigeordnete **Bernd Rubelt** in belehrendem Tonfall in Richtung der Fraktionen DIE aNDERE und DIE LINKE, sie sollten doch nach jahrelangen Debatten endlich einlenken und nicht immer wieder eine andere Meinung vertreten. Das hat mich veranlasst, den Baubeigeordneten Herrn **Rubelt** zu ersuchen, uns nicht ständig zu belehren, welche inhaltliche Positionen wir vertreten sollten, insbesondere auch im Hinblick auf von der Verwaltung abweichende Auffassungen. Die Stadtverordneten und Fraktionen sind ein Ergebnis der demokratisch durchgeführten Kommunalwahl. Sie haben zur Kommunalwahl mit ihren Wahlprogrammen um Stimmen geworben. Es ist keinesfalls zu beanstanden, dass sie dann in der Stadtverordnetenversammlung und deren Gremien für die Ziele ihrer Wahlprogramme eintreten. Damit sind dann auch unterschiedliche Positionen verbunden, zu denen es unterschiedliche Mehrheiten geben kann.

Diese kommunalpolitische Meinungsbildung seitens der Verwaltung mit Belehrungen zu begleiten oder abweichende Positionen zu diffamieren wies ich zurück. Ich bat den Baubeigeordneten mit deutlichen Worten, dieses zu respektieren und künftig derartige Interventionen im Meinungsbildungsprozess zu unterlassen.

Auch auf die Einwände von Herrn **Rubelt**, dass man doch städtebauliche Aspekte betrachten solle (man sei ja im Ausschuss, der sich mit städtebaulichen Fragen befasse) entgegnete ich, dass es unterschiedliche städtebauliche Bewertungen bei der Herangehensweise und Beurteilung einer städtebaulichen Aufgabe gäbe. Dies sei zu respektieren. Die aktuellen Entwicklungen andernorts zeugen davon, dass sich Bewertungen auch ändern können. So kommt der Nachkriegsmoderne zwischenzeitlich weltweit eine neue Wertschätzung zuteil. Auch ließen sich für städtebauliche Konflikte auf dem Wege von Wettbewerben Lösungen finden. Darüber hinaus könne auch der vermeintliche städtebauliche Widerspruch unterschiedlicher Bauepochen gerade bewahrenswert sein.

Der demokratischen kommunalpolitischen Meinungsbildung ist mit der Ablehnung des GO-Antrages und der Beschlussempfehlung bei offen gebliebenen Fragestellungen kein guter Dienst erwiesen worden. Insbesondere im Hinblick auf die vom Oberbürgermeister **Mike Schubert** in dessen OB-Wahlkampf proklamierte Überwindung der Spaltung in der Stadt Potsdam kann der im SBWL-Ausschuss eingeschlagene Weg der Meinungsbildung zur Entscheidung der vorgelegten Beschlussvorlage keinen Beitrag leisten.

Was bleibt?

Dieses von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit CDU, AfD und BürgerBündnis praktizierte Gebaren fördert keineswegs den erforderlichen demokratisch zu führenden Meinungsbildungsprozess. Es stellt sich dem entgegen und bewirkt bei den Außenstehenden eher die Zustimmung zur Autokratie, zur Ablehnung der Demokratie, zum Querdenkertum. Das ist gefährlich. SPD und Die Grünen sollten sich bewusstwerden, dass sie damit der Demokratieverdrossenheit Tür und Tor öffnen. Warum DIE LINKE als Dritter im Bunde der Rathauskooperation dieses noch mitmacht ist unerklärlich. Vermutlich fehlt es ihr an Mut und Willen, diese zu verlassen. Vielleicht ist sie sich nicht einmal im Klaren, warum sie in die Rathauskooperation eingetreten ist.

Geschichtsschreibung

Verdammt lang her und gegenwärtig

Die kulturelle Revolution nach Potsdamer Art

VON CARSTEN LINKE

Es gibt Ereignisse, die wirken lange nach. 30 Jahre sind ein guter Zeitpunkt noch einmal zurückzuschauen und einzelne Termine mit den Ereignissen der Gegenwart zu reflektieren. Letztes Jahr wurde 30 Jahre *Deutsche Einheit* gefeiert, obwohl sie bis heute nicht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vollzogen ist.

Die Stadt putzte sich raus, verwandelte einen Teil des trocken daliegenden Kanalbettes in eine Art Grabgelege. In einem anderen Teil konnten die Besucher*innen absteigen, um in die geschönte Geschichte von „Einheit“ einzutauchen. Ein Höhepunkt der Feierlichkeiten war das Wendedankfest am Platz der Einheit. Ein Mitmachereignis als knallgelber Kontrapunkt zu den teils einfallslosen Containerdörfern in einzelnen Straßenzügen.

Das Jahr 1991 war im Osten der erweiterten Bundesrepublik, neben dem wirtschaftlichen Niedergang und dem Ausverkauf des Volksvermögens, gekennzeichnet von der kulturellen Umgestaltung. Neue Werte, die sich meist als alte entpuppten, sollten in den neuen Bundesländern Einzug halten. Gleichzeitig sollte das ausradiert werden, was an die sozialistische Vergangenheit erinnert. Fast ein Wettstreit zu Umbenennungen, Denkmalstürmerei und Verdrängung begann. Was dies an kultureller Veränderung, an Rechtsruck und sozialer Ausgrenzung auslöste war damals nur zu erahnen.

Die hier dargelegte Potsdamer Rückschau erfolgt anhand dreier Ereignisse und Tage, die die Geschichte der Stadt wesentlich geprägt haben: der **14. April 1991**, der **17. August 1991** und der **01. Oktober 1991**. Alle drei Termine haben direkte historische Anknüpfungspunkte und wirken bis heute nach.

Schwarz-Rot-Gelber Kanal: Starke Männer mit deutschem Herz

Vorbereitung der Einheitsfeierlichkeiten *30 Jahre Deutsche Einheit* in Potsdam

Der 14. April

An diesem Tag wurde die militärische und politische Geschichte der Stadt erstmals durch Akteure aus den alten Bundesländern und geschichtsvergessene Amtsträger*innen in Potsdam instrumentalisiert. Der 14. April 1945 ging mit der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten Armeen gegen Nazideutschland als *Nacht von Potsdam* in die Geschichte ein. Diese Nacht war die logische Folge des *Tag von Potsdam*. Also dem Tag, an dem die endgültige Machtübergabe an **Hitler** in der Garnisonkirche Potsdam am 21. März 1933 stattfand und somit die Gründung des *Dritten Reiches* ermöglichte.

Das „Tätervolk“ betrauert sich als Opfer. Es ist wie das Datumspärchen vom 20. Juli 1944 und 30. Januar 1933. Der Tag des militärisch begründeten Anschlages auf **Hitler** 1944 wird im westdeutschen Gewissen hochgehalten, um die Mitschuld des Adels, der Militärs und der Konservativen für die Ernennung **Adolf Hitlers** zum Reichskanzler durch Reichspräsident **Paul von Hindenburg** zu Jahresbeginn 1933 zu relativieren. Vorschubleistende werden zu Widerständler*innen umgedeutet.

Am 14. April 1991 fanden die Feierlichkeiten zur Einweihung des Glockenspiels an der Plantage statt. Nach der Klärung einer Reihe von technischen, rechtlichen und planerischen Fragen beschloss die Stadt bereits im Februar 1991 auf Antrag des Stadtrats für Kultur, **Wieland Eschenburg** (Amtsnachfolger von **Frau Hüneke**), die Übernahme des Glockenspiels und dessen Aufstellung auf der Plantage. Bei dem „Feldgottesdienst“ sprachen neben Ministerpräsident **Stolpe**, Oberbürgermeister **Gramlich** und Oberleutnant **Max Klaar** der Generalsuperintendent **Günter Bransch** und aus dem Haus **Hohenzollern** Prinz **Louis Ferdinand von Preußen**. Die Festreden verknüpften die Garnisonkirche mit einer Vielzahl von ethischen Werten und positiv besetzen gesellschaftlichen Ideen.

Das Springer-Blatt *Die Welt* verkündete aus diesem Anlass die Re-Christianisierung des Ostens. Die unsägliche Verquickung von Krone, Kirche und Militär wurde verschwiegen. Bereits im Oktober 1990, als **Saskia Hüneke** noch Kulturstadträtin war, verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung eine – wenn auch noch unverbindliche – Absichtserklärung: *„Mit Freude und Dank nehmen wir die Initiative der „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.“ zugunsten der Garnisonkirche zur Kenntnis, die dem Bedürfnis, die alte Schönheit der Stadt Potsdam wiederherzustellen, entspricht. [...] Der mögliche Wiederaufbau der Garnisonkirche wird in einer wirtschaftlich gesicherten Zukunft unserer Stadt seinen Platz finden.“*

30 Jahre später diskutieren die Stadtgesellschaft und das Stadtparlament den Umgang mit dem nun endlich verstummten Glockenspiel. Dabei geht es nicht nur um die Verlärmung des öffentlichen Raumes und darum, dass das Liedgut völkisch, antisemitisch geprägt ist oder undemokratische Unterordnung einfordert, sondern auch um die geschichtliche Aufarbeitung. Es geht auch nicht nur um preußische Geschichte im Allgemeinen, sondern um rechtsradikale Einschreibungen und den Umgang mit dem Objekt durch die Stadtpolitik. Damals wie heute.

Wie eng die bundesdeutsche Geschichte mit Potsdamer Stadtgeschichte verbunden ist machten einerseits die Akteure des *Lernortes Garnisonkirche* (**Prof. Oswalt** u.a.) mit ihrer Ausstellung im *Rechenzentrum* bereits im Sommer 2020 und andererseits der Historiker

Dominik Juhnke, Wissenschaftler am ZZF, mit seinem Gutachten deutlich. Die Überlegungen zum Wiederaufbau der Garnisonkirche sind vom Iserlohner Glockenspiel nicht zu trennen. Und umgekehrt geht das auch nicht.

Anhand von Zeitdokumenten belegten **Juhnke** vom *Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.* (ZZF) und **Prof. Oswalt** von der Uni Kassel ihre Thesen, dass das in den 1980er Jahren nachgebaute Glockenspiel ein zutiefst westdeutsches Projekt war. Es war das Resultat *„konservativer Akteure aus Politik, Militär und Gesellschaft der Bundesrepublik der 1980er Jahre.“* (**Juhnke**) und geprägt von *„rechtsradikalen Einschreibungen“* (**Oswalt**). Spenden wurden durch Veteranenkameradschaften, Vertriebenenverbände und andere konservative Organisationen gesammelt. Was Spender einte: *„Ostpreußen-Nostalgie und Preußen-Romantik. Die Unterstützung lasse sich unter anderem als nationalkonservativer Protest gegen die politische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in den 1970er Jahren interpretieren.“* (**Juhnke**).

Eschenburg und **Hüneke** haben sich 1990/1991 die westdeutsche Initiative zu eigen gemacht, um den „Generalplan“ – Annäherung an das historische Stadtbild – umsetzen zu können. Die ideologische Kontaminierung der Stadt, die damit einherging und geht, verbuchen sie bis heute als Kollateralschaden. Lange Jahre ignorierten sie sogar diese. Doch weder Reichskriegsflaggen schwenkende Neonazis damals, noch Reden wie die von **Höcke** heute sind zu ignorieren. Angesichts des wachsenden Garnisonkirchenturms würden **Eschenburg** und **Hüneke** gern ihre Rolle von damals vergessen machen. Gleichzeitig sind sie bemüht, dem *Projekt Garnisonkirche* eine neue Aura zu verschaffen. Das ist bekannt.

Bedenklich ist und bleibt die Art der Argumentation. *„Brauchen wir das Glockenspiel, um uns mit der Geschichte zu beschäftigen?“* – fragte **Saskia Hüneke** (GRÜNE) im März im Kulturausschuss und verneinte die Frage. Gleichzeitig beantwortete sie die Frage *„Brauchen wir die Garnisonkirche, um uns mit der Geschichte zu beschäftigen?“* lauthals mit ***„JA!“***.

Warum soll die Stadtgesellschaft etwas Bestehendes, Geschichte Dokumentierendes einschmelzen und gleichzeitig etwas Verlorengegangenes extra (für ca. 50 Millionen Euro) errichten, um uns des gleichen geschichtlichen Narrativs zu erinnern? Wer die Aussagen der Wissenschaftler (**Juhnke** und **Oswalt**) verstanden hat weiß, dass sich Glockenspiel und Garnisonkirche nicht voneinander getrennt betrachten lassen. Weder 1991 noch 2021.

Der 17. August

Der Errichtung des Glockenspiels im Beisein der **Hohenzollern** und der Landesregierung folgte im August die staatsaktähnliche Überführung zweier Königssärge nach Potsdam. Mit *„Die Heimkehr der Könige“* waren das aristokratische Spektakel und die Berichterstattung oftmals überschrieben. *„Man bringe mich beim Schein einer Laterne … nach Sanssouci und bestatte mich dort ganz schlicht auf der Höhe der Terrasse rechterhand, wenn man aufsteigt.“* So hat es **Friedrich II.** selbst verfügt.

Allerdings dauerte es über 200 Jahre nach seinem Tod am 17. August 1786 bis er, bzw. das was von ihm übrig war, dort ankam. Sein letzter Wille wurde von seinem Neffen (dem Thronfolger) **Friedrich Wilhelm II.** ignoriert. Er ließ den großen Onkel gegen dessen Willen mit

VÄTER
MBB
SIEMENS
AEG

Pomp in der Potsdamer Garnisonkirche bestatten. Vor den Bomben des Zweiten Weltkriegs mussten die Gebeine erst in ein Kalibergwerk, dann nach Marburg ausweichen. Zwei Befehle **Hitlers** sorgten für die für- und vorsorgliche Behütung. 1952 holten die **Hohenzollern** die Ahnen heim auf ihre Stammburg in Schwaben. Zuvor schlugen die Anwälte der **Hohenzollern** allerhand Kapriolen, um einen privatrechtlichen Anspruch zu konstruieren. Die erneute Störung der Totenruhe erfolgte gegen den Willen der Kirchenoberen in Marburg.

Nach der Wiedervereinigung reiste der Sarg des „Alten Fritz“ als Stückgut mit der Deutschen Bahn zurück nach Potsdam. Mit ihm sein verhasster Vater, der Soldatenkönig. Zustellort: Mausoleum Friedenskirche. Am 17. August 1991 quoll die Stadt über vor Besucher*innen. 80.000 Menschen kamen, um dabei zu sein, als Kanzler **Kohl** und hochrangige Militärs aller Waffengattungen den Monarchen und Feinden der Demokratie die letzte Ehre erwiesen. Etwa 300 Journalist*innen aus dem In- und Ausland waren angereist. Vorangegangen waren erhitzte Debatten. Populärhistoriker wie **Guido Knopp** oder **Christian Graf von Krockow** sowie das als „Kohlscher Haussender“ empfundene ZDF, hatten um Verständnis für den Umzug der sterblichen Überreste geworben.

Schwergewichte wie der CDU-Mann **Golo Mann** (Sohn von **Thomas Mann**) oder die ostdeutsche Friedrich-Biografin **Ingrid Mittenzwei** waren eher dagegen. Der Spiegel lief zur sarkastischen Hochform auf. **Sebastian Haffner** (der 1978 die *Anmerkungen zu Hitler* veröffentlichte) warnte sogar, hier werde *„ein neuer Tag von Potsdam inszeniert“* und stellte damit eine Kontinuität zu dem Staatsakt am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche her, bei dem sich **Hitler** als Wahrer des Preußentums inszenierte. Gegendemonstrant*innen hielten Schilder hoch, auf denen der **Alte Fritz**, **Bismarck**, **Hitler** und **Kohl** als geschichtliche Kontinuitätslinie zu erkennen waren.[1]

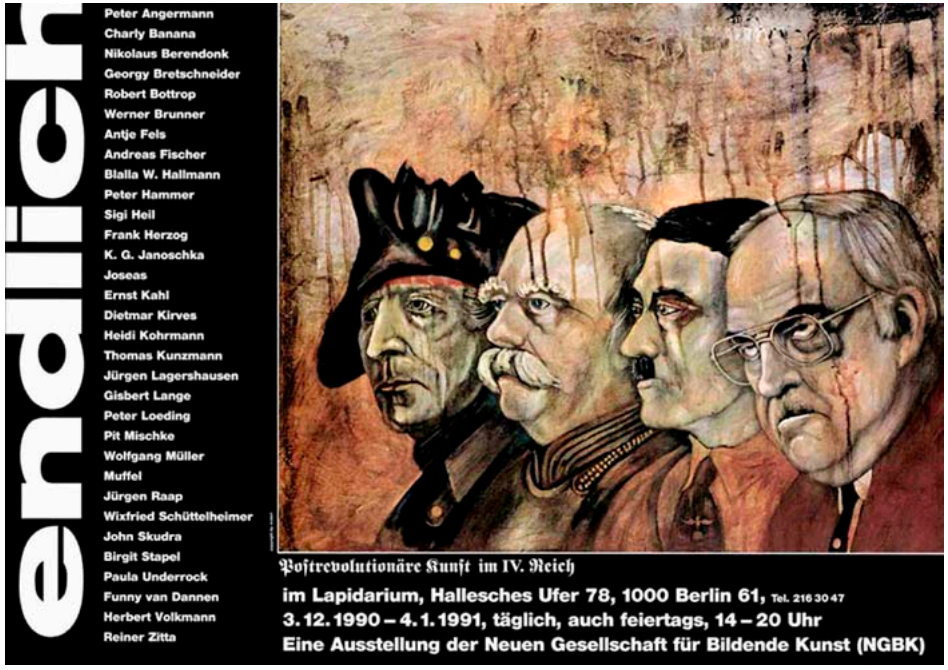
Der rechte – in ein schwarz-weißes oder schwarz-weiß-rotes Fahnenmeer gehüllte – Mob, Uniform- und Anzugträger, Burschenschaftler und alte graue Männer mit Gehstöcken reagierten lautstark und gewalttätig auf diese Demonstration. Ebenso auf die Männer in Ballkleidern, die daran erinnerten, dass **Friedrich II.** homosexuell war. Regelrecht eingeschlagen wurde auf eine Gruppe von Sargträger*innen (mit einem uniformierten, Totenmaske tragenden **Alten Fritz** darin), die es schafften, am Defilee der aufgebahrten Särge teilzunehmen. Mit *„Gebt Fritzens Beinen die letzte Ruh‘ – und packt den Militarismus auch gleich dazu!“* war das Flugblatt überschrieben, welches der „tote König“ und die *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* verteilten.

Im Westen wie Osten des „IV. Reiches“, wie das erstarkte Deutschland in vielen Publikationen damals genannt wurde, war **Friedrich II.** zu einer Projektionsfigur nationaler Sehnsüchte und Stimmungen geworden. Schon 120 Jahre zuvor, während der Gründung des protestantisch-preußisch geprägten Nationalstaats von 1871, waren diese Projektionen am deutlichsten ablesbar. Die Geschichte der **Hohenzollern** erschien vor dem Szenario der Kaiserproklamation **Wilhelms I.** als Vorgeschichte der Reichsgründung und **Friedrich der Große** als Stifter und Ahnherr des Reichs. Beim Zweiten wie beim Dritten.

◄ **Foto der vorherigen Doppelseite: ddrbildarchiv.de/UlrichWinkler**

30 Jahre nach dem Sargspektakel ist der Adel präsenter denn je. Speziell die **Hohenzollern** sorgen hier für Schlagzeilen. Eigentlich gibt es den Adelsstand in Deutschland offiziell schon seit hundert Jahren nicht mehr. Titel wie Fürstin, Herzog, Graf und Prinzessin dürfen nur noch als Teil des Nachnamens verwendet werden. Wozu eigentlich, wenn doch alle vor dem Grundgesetz gleich sind?
Über Standesdünkel wird öffentlich kaum noch geredet. Anderseits erleben wir immer öfter den sprachlichen Hofknicks vor einzelnen Personen. Anreden wie „Seine königliche Hoheit“ sind Ausdruck mangelnder Souveränität und Negierung der demokratischen Grundordnung, für die die öffentlichen Einrichtungen eigentlich stehen sollten. Adel existiert noch immer in einer Art Parallelgesellschaft.

Adel lebt davon, sich herauszuheben und braucht Menschen, die dies reflektieren und als Differenz akzeptieren. Aktuell diskutiert die Gesellschaft – besonders in Berlin und Brandenburg – die Frage, ob und wie die **Hohenzollern** damals dem Nationalsozialismus Vorschub geleistet haben. Seitens zahlreicher Historiker*innen gibt es daran keinen Zweifel. Allerdings zögert speziell die SPD-Ministerin in der Landesregierung, sich klar zur Rechtsordnung zu bekennen und eine juristische Lösung anzustreben. Es ist falsch, den Hohenzollern eine besondere staatliche Behandlung zukommen zu lassen. Weder 1991 noch 2021 war/ist dies gerechtfertigt.



[1] Das Bildnis entstammte dem Huffel-Plakat „endlich – postrevolutionäre Kunst im IV. Reich“ (Plakat zur Ausstellung der *Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst* im *Lapidarium Berlin*, 03.12.1990 – 04.01.1991, mit Porträts von Friedrich II. von Preußen, Otto von Bismarck, Adolf Hitler und Helmut Kohl).

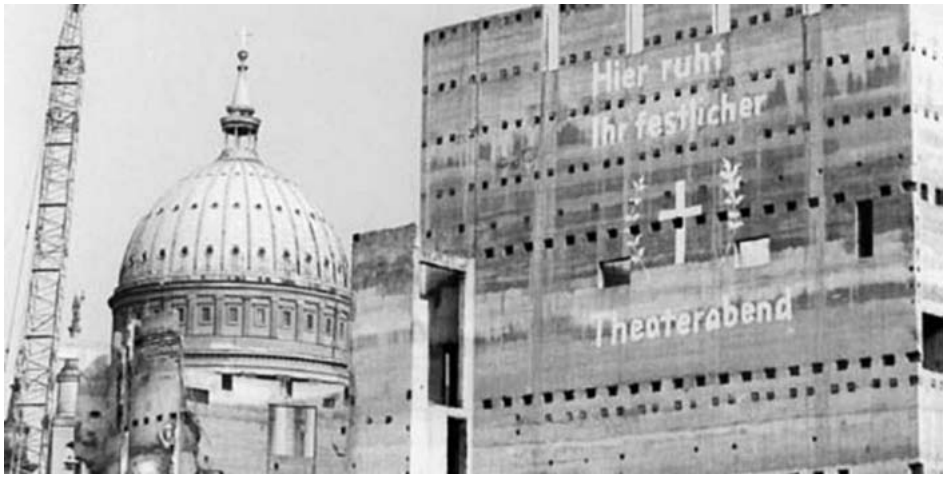
Der 1. Oktober

An diesem Tag, einem Dienstag, begann der Abriss des Theaterrohbaus am Alten Markt. Am Vorabend des ersten „Tag der deutschen Einheit“ sollte ein klares Zeichen gesetzt werden. Wiederrum ein Jahr zuvor, zum Weltfriedenstag am 01. September 1989, wurde der Grundstein für das neue Theater am Alten Markt gelegt. Im Herbst 1990 bis ins Frühjahr 1991 entbrannte dann ein ideologischer Krieg um die Zukunft des Platzes. Die damalige rot-schwarz-grüne Rathauskooperation wetterte über den Rohbau. Allen voran die Kulturdezernentin **Hüneke** (damals NEUES FORUM/ARGUS, heute GRÜNE).

Der Spiegel schrieb am 19.05.91: *„Der 6. März 1991 ist aus der Sicht einiger Stadtverordneter ein wirklich »historischer« Tag für Potsdam gewesen: Sie hatten gerade dafür gestimmt, mit einem Theaterrohbau am Alten Markt ein »Denkmal der SED-Diktatur« niederzureißen.“* Sogar noch ein Jahr später geißelte Ordnungsdezernent **Erwin Motzkus** (CDU) am Eröffnungsabend der als Alternative aufgestellten „Blechbüchse“ den abgerissenen Theaterrohbau als ideologische Erblast der DDR. Es ist überliefert, dass er dafür ausgepfiffen wurde. Doch warum musste der Rohbau wirklich weichen?

Alle wussten, dass der Abriss weitere Provisorien zur Folge haben würde. War Kultur in der Nachwendezeit für die Stadtpolitik so verzichtbar wie in heutiger Corona-Zeit? Ich denke nicht! Mit dem am 06. März 1991 von den Stadtverordneten besiegelten Verzicht auf den Theaterneubau am Alten Markt wurde die 1945 aufgenommene Odyssee des Potsdamer Theaterensembles durch provisorische Spielstätten noch einmal um mehr als 15 Jahre verlängert.

Wenige Tage vor Abrissbeginn, am 25. September 1991, fand die erste Plenarsitzung auf dem Brauhausberg statt. Es sollten noch 22 Jahre vergehen bis die Brandenburger Volksvertretung in die Schlossattrappe umzog. Der Schlossnachbau selbst war schon 1990/1991 einkalkuliert. Die Baufreiheit für den Nachbau des preußischen Barockbaus zu schaffen, das war der eigentliche Grund für den Abriss des neuen Theaters im Herbst 1991.



An dem Wochenende vor dem Abriss wurde im Rohbau das Stück *„Was fällt mir ein, wenn ich Deutschland sage?“* gespielt. Ein Erlebnis! Die Brutalität des Jahres 1991, die Unfähigkeit des Aufeinanderzugehens, der Unwillen zur Einheit auf Augenhöhe, die Macht der Sieger, die Unterwürfigkeit der Angeschlossenen und die Anpassungsfähigkeit der neuen Machthaber*innen in Stadt und Land kamen zur Sprache. Der gigantische und im Abendlicht etwas gespenstisch wirkende Rohbau des zu opfernden Theaters erschien an diesem Abend als einzig logische Kulisse für das Drama.

Fast 30 Jahre später wirkt der Platz auf- und ausgeräumt. Widersprüche sind nur scheinbar beseitigt. Ebenso die Bauten, die die jüngere Epoche unserer Stadtgeschichte symbolisierten. Derweil ist **Schinkels** klassizistische Nikolaikirche die bauliche Antithese zum Barockschloss des Absolutismus. Ebenso wie die moderne Fachhochschule dies zum Rest des Platzes war. Der Alte Markt mit seinen neuen Kulissen soll angeblich das Herz der Stadt sein. Wenn dies so wäre, wäre Potsdam ein Fall für die Pathologie.

In vielen Städten sitzt der Landtag in ehemaligen Schlossbauten oder Prachtbauten der Vorkriegszeit. Überall dort kann dies als historische Konversion betrachtet werden. Die Demokratie eignet sich die Objekte der Monarchie an. In Potsdam hingegen lässt sich die Volksvertretung dazu überreden, in eine Schlosskulisse zu ziehen, für die es keine wirkliche Verwendung gibt. Wie unsouverän! Die **Hohenzollern**, die royalen Fans und Gegner*innen des Parlamentarismus müssen sich doch „hofiert“ fühlen, als sich der Landtag hinter preußische Retro-Kulissen verzog und heute jede einzelne Putte auf dem Dach oder goldenen Knaben vor der Tür feiert.

Dass der Weg dahin seitens der Stadt über eine manipulative Bürger*innenbefragung bereitet wurde erscheint dagegen fast unwichtig. Über viele Jahre wurde um die Identität dieser Stadt auch anhand ihrer Gebäude gestritten. Das Theater hat seinen Platz gefunden und feiert dieses Jahr seinen 15. Jahrestag. Zur Eröffnung des neuen Theaterhauses in der Schiffbauergasse am 22. September 2006 bekam Intendant **Laufenberg** statt des symbolischen Schlüssels perfiderweise fünf faustgroße Stahlkugeln aus dem Kugellager des Abrissbaggers, der 1991 den Rohbau am Alten Markt beseitigt hatte, überreicht. Viele andere Gebäude sind in der Innenstadt abgerissen worden. Einige sollen noch folgen. Der *Staudenhof* unweit des Alten Marktes soll trotz aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachteile abgerissen werden.

Der Kampf um die Häuser ist ein Kampf um Identität und Teilhabe. Die städtebauliche Rolle rückwärts in absolutistische Zeiten, die Potsdam vollzogen hat, wirft die Frage auf: *„Was fällt mir ein, wenn ich Deutschland sage?“* 1991 ebenso wie 2021.

Fazit:

Wo sind wir in den 30 Jahren angekommen? Was fällt mir ein, wenn ich Potsdam sage? Freiraumverlust, Identitätsverlust, Weltkulturerbe, Migration wertkonservativer Schichten und Denkweisen. Potsdam hat fast ausschließlich zugereiste Entscheidungsträger*innen in Politik und städtischer Wirtschaft. Potsdam hat heute die höchsten Mieten im Osten Deutschlands. Die soziale und räumliche Segregation hat ebenfalls in Potsdam einen Höchstwert erreicht. Millionäre treffen mit ihren Spenden städtebauliche Entscheidungen.

Alle drei Termine, ihre Planung und Zelebrierung, sind Teil der kulturellen und gesellschaftlichen Umgestaltung der Stadt, die vor 30 Jahren begann. Ihren Ursprung hat diese in dem Beschluss der sozial-konservativen Kommunalpolitik (SPD, CDU, NEUES FORUM/ARGUS) zur Rückkehr zum historischen Stadtgrundriss UND in dem Einwirken der national-konservativen Kräfte aus dem Westen. Die Wiederannäherung an den Vorkriegszustand bedeutet letztendlich eine kollektive Aktion des Vergessenmachens. Ein „schöner“, aber trügerischer Schein der Unschuld.

Alle drei Termine stehen in Verbindung mit der preußischen Vergangenheit der Stadt und ihren Symbolbauten (Garnisonkirche und Stadtschloss) sowie ihren Symbolfiguren (**Friedrich II.** und Soldatenkönig). Es verwundert nicht, wenn das Haus **Hohenzollern** der aktuellen Landesregierung (SPD, CDU, GRÜNE) auf der Nase herumtanzt. Denn schon die ehemaligen Ministerpräsidenten **Stolpe** (SPD) und **Platzeck** (SPD) trugen zu deren gesellschaftlichen Aufschwung bei und wirkten auf die drei Ereignisse aktiv ein. Auf dem Weg ins preußische Disneyland waren Grüne und Christdemokraten verlässliche Partner*innen der Kuturrevolution. Die LINKE war in ihrem Streben nach Macht keine wirkliche Gegnerin. Erinnert sei an die Bürger*innen-Begehren zur Garnisonkirche oder zur Potsdamer Mitte.

1991 sagte Generalsuperintendent **Günter Bransch**: *„Bei der ganzen Diskussion geht es nicht um Glockenspiele und alte Gebäude, es geht um Geist und Gesinnung.“*

Amen – „rechts-um!“ – und wegtreten!

Personalia

Andreas Goetzmann

Kommen und Gehen einer behördlichen Führungskraft

VON STEFFEN PFROGNER

Es gab noch nicht DIE aNDERE und es überstürzten sich die Ereignisse, um wie von gelenkter Hand die bundesrepublikanische Denk- und Handlungsweise indoktriniert zu bekommen. Seit dem Herbst 1987 war ich als junger Stadtplaner im Büro des Stadtarchitekten beim Magistrat der Stadt Potsdam angestellt. 1990 war das Jahr, wo die zahlreichen Glücksritter aus westlichen Gefilden auch in Potsdam ihren persönlichen Aufstieg antraten. Förmlich waren sie meist Leihbeamte aus dem sozialdemokratisch geführten, brandenburgischen Partnerland Nordrhein-Westfalen. Nicht wenige kamen aber auch aus dem alten West-Berlin.

Ganz früh dabei war **Richard Röhrbein**, ein umtriebiger, sich zur Gestaltung hingezogen fühlender Stadtplaner aus der Berliner Senatsverwaltung, zuvor jahrelang Stadtplanungsamtsleiter im Bezirk Wilmersdorf. Sein Ziel, ähnlich wie der Berliner Senatsbaudirektor **Hans Stimmann**, in Potsdam „der Stadtbaudirektor“ zu werden, wurde erst später deutlich. Erst war er Chef des Amtes für Stadtentwicklung, aus dem heraus er für sich dann den Posten des Stadtbaudirektors schuf, den es bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2000 in Potsdam gab. Übrigens kannten sich **Stimmann** und **Röhrbein** aus ihren Beamtenlaufbahnen in Lübeck und zogen diesen und jenen Baulöwen an, so auch den schleswig-holsteinischen **Klaus Groth** mit seinem Bau- und Projektentwicklungsunternehmen *Groth & Graalfs*, der heutigen *Groth Gruppe*.

Den Irrungen und Wirrungen kommunalpolitischer Machtverhältnisse der ersten Wahlperiode nach 1990 zu Folge gab es in Potsdam zwei Dezernate, die sich mit dem Planen und Bauen befassten: eines für Stadtentwicklung unter Führung des West-Berliner Verwaltungsrichters **Peter von Feldmann** (ein Glücksfall für die Stadtplanungsverwaltung und ihre Mitarbeiter*innen) und ein zweites für das Bauen unter dem Potsdamer, vom *Neuen Forum* kommenden, Ingenieur **Detlef Kaminski**.

Als von **Feldmann** 1994 keine zweite Wahlperiode als Dezernent anstrebte, fiel das Stadtentwicklungsressort **Kaminski** zu. Dieser pragmatisch handelnde behördliche Baulöwe – erinnert sei an sein Städteranking-Kriterium, wonach die Stadtentwicklungsaktivitäten an der Zahl der Baukräne zu messen seien – kam irgendwie mit dem Schöngeist **Röhrbein** nicht klar, wollte er doch dessen baukünstlerische Eskapaden im Zaume halten. Es kam zur Stellenausschreibung des Stadtplanungsamtsleiters, in dessen Folge **Andreas Goetzmann** im Sommer 1996 diesen Posten antrat.

Erste Begegnungen mit Andreas Goetzmann

Aus Frust vor einem marionettenhaften Dasein unter dem „Wessi“ **Richard Röhrbein** war ich bereits zum Jahresende 1991 aus dem sicheren Angestelltenverhältnis in der Potsdamer Bauverwaltung mit einem – was ich nicht angestrebt hatte – „Wessi“-Architekten in meinem eigenen Stadtplanungs- und Architekturbüro gelandet. Nun, in Potsdam lebend und freiberuflich arbeitend, war auch ich an Planungsaufträgen für meine Heimatstadt, an denen es in den 1990er Jahren keineswegs mangelte, existenzsichernd interessiert. Aus heutiger Sicht war das Vergabewesen wenig transparent und nicht diskriminierungsfrei. Um sich überhaupt fachlich einbringen zu können, musste man bekannt und gewollt sein, also Beziehungen aufweisen – und das als „Ossi“ mit seinen Ost-Referenzen in der bundesrepublikanischen West-Planergilde.

Arbeit hatte ich dennoch genug. Vom ersten Auftrag für verschiedene städtebauliche Planungen in Priort-Dorf und -City mit dem damaligen lokalen Bauausschussvorsitzenden, einem Geschäftsführer des heutigen Potsdamer Immobilien-Projektentwicklers *asenticon GmbH*, bis hin zu einem hoch vergüteten Auftrag des Potsdamer Stadtentwicklungsamtes für die Mitwirkung an der Ermittlung von Flächenpotenzialen für den Wohnungsbau, auch Baulückenkatalog genannt, konnte ich Einkommen, auch das meiner Mitarbeiter*innen, sichern – jedoch wie lange? Die Geldflüsse aus Bund, Land und Kommune waren noch nicht versiegt, nur führten sie vielfach in Richtung der etablierten bundesrepublikanischen Planer- und Investorengilde. Es blieb zwar für die hiesigen Planer*innen schon etwas übrig. Die Aussicht am Katzentisch sitzen zu müssen, war jedoch unbefriedigend.

Der Antritt **Andreas Goetzmanns** als neuer Stadtplanungsamtsleiter wirkte wie ein Aufbruch. Kam er doch aus der Ferne und war unbelastet von den ganzen Verflechtungen der Potsdam-Berliner Planungs- und Bauprozesse. Der 1997 erbetene Vorstellungstermin wurde mir gewährt. Das Gespräch mit **Andreas Goetzmann** habe ich als beidseitig unvoreingenommen in Erinnerung.

Es dauerte nicht lange, da erreichte mich in Folge des Vorstellungsgesprächs eine erste Angebotsaufforderung für die Fortführung des durch Insolvenz eines Planungsbüros ins Stocken geratenen Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan für das Industriegebiet Potsdam-Rehbrücke. Dem folgten Zuschläge für die Überarbeitung der Bereichsentwicklungsplanung Potsdam-Innenstadt (aus meiner heutigen Sicht inhaltlich konkurrierend zu dem vom Stadtbaudirektor **Röhrbein** begleiteten Gestaltplan) und für weitere Bebauungspläne. Zu dieser Zeit trat die planungsrechtliche Sorgfalt in der Bauleitplanung immer mehr in den Vordergrund. **Andreas Goetzmann** hatte sich dieser Aufgabe intensiv angenommen, lagen ihm doch die Gestaltungseigenschaften eines **Richard Röhrbeins** nicht so recht in der Hand.

Beispielsweise an den Bebauungsplänen zu Klein Glienicke und in Drewitz kam seine, alles dominierende, planungsrechtliche Urteilskraft zum Vorschein. Beide Bebauungspläne waren einer obergerichtlichen Normenkontrolle unterworfen, der für Klein Glienicke wurde vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt, der in Drewitz für unwirksam erklärt. Hatten wir beim Bebauungsplan Am Silbergraben gemeinsam noch durch Festsetzungsänderungen Letzteres abzuwenden versucht, worauf die Klägerseite nicht einging, musste jeder von uns planungsrechtlich eine bittere Erfahrung machen.

In der 2003 novellierten Brandenburgischen Bauordnung wurde der Vollgeschoss-Begriff neu definiert. Das kollidierte mit dem städtebaulichen Planungsrecht. Es galt, für die Bauleitplanung eine rechtssichere Lösung zu finden. Eine solche, in einem Bebauungsplan einer anderen brandenburgischen Stadt bereits erfolgreich angewandte, Begriffsdefinition schlug ich **Andreas Goetzmann** für die laufenden Bebauungsplanverfahren vor. Er war noch offen genug, dieses anzunehmen. Heute finden wir diese Begriffsbestimmung in der Arbeitshilfe Bebauungsplanung des Brandenburgischen Infrastrukturministeriums in fortentwickelter Festsetzungsform wieder.

Der Richtungswechsel

Andreas Goetzmann war für Planungsbüros noch nahbar und persönlich erlebbar. Dies schränkte sich mit zunehmender Aufgabenfülle, auch mit der kommissarischen Leitung des Geschäftsbereichs für Stadtentwicklung und Bauen, ein.

Andererseits beschleunigte diese Funktion bei ihm die Neigung, in der großen Welt des Planens und Bauens mithalten und mitwirken zu wollen. Das wirkte für weite, nicht dem Establishment angehörenden Teile der Stadtgesellschaft zunehmend befremdlich. Es war die Zeit der immer intensiver geführten Debatten und der vertiefenden Planungen um die Potsdamer Mitte, auch um den Brauhausberg mit Schwimmhalle und dem ehemaligen Terrassenrestaurant *Minsk*. **Andreas Goetzmann** hatte sich vollumfänglich auf die Seite von baulöwenartigen Investor*innen sowie auf die Seite der Wiedergewinnung fragwürdiger städtebaulicher Vergangenheiten geschlagen – eine Entwicklung, die die Spaltung der in antagonistische Identitätsansprüche zerfallenden Stadtgesellschaft beförderte. Die erforderliche progressive Haltung eines obersten behördlichen Stadtplaners war von ihm nicht mehr zu erwarten.

Nach dem Abebben der *Dotcom*-Blase zu Beginn der 2000er Jahre entwickelte sich ein auf der Stadt bis heute liegender Wachstumsdruck. Auch zeichneten sich Spannungen zwischen einem Baubeigeordneten und der Kommunalpolitik sowie der Stadtgesellschaft ab. So oblag **Andreas Goetzmann** zunehmend die Rolle des allwissenden und planungsrechtlich sicher auftretenden behördlichen Stadtplaners. Auch wenn Bürgerbeteiligungsprozesse von dem von ihm geleiteten Fachbereich formal und sachlich mitgestaltet wurden, kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass **Andreas Goetzmann** schon frühzeitig andere, möglicherweise in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehrheitsfähige, Interessenlagen wenig verstanden oder auch hintertrieben hat. Insbesondere vermisse ich bei ihm ein stadtplanerisches Engagement zum respektvollen Umgang mit den Sonderbauten der Nachkriegsmoderne. Auf dem Höhepunkt der stadtweit geführten Debatte zur Potsdamer Mitte, dem Bürgerbegehren *Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte*, hatte er sich aus Sicht der Wähler*innengruppe DIE aNDERE und weiterer sozialer Schichten Potsdams vollends einer rückwärtsgewandten Stadtentwicklungspolitik unterworfen. Rückendeckung erhielt er von den vermeintlichen bürgerlichen Eliten, vom gemeinen Volk wohl nicht.

In diese Zeit fiel auch ein wenig erfreuliches Erlebnis. Völlig unangemessen reagierte **Andreas Goetzmann** auf meine sachlich klärende Äußerung gegenüber seinem Geschäftsbereich in einer an mich herangetragenen Frage in einem Bebauungsplanverfahren. Der Austausch endete völlig unverständlich und überzogen mit der Androhung rechtlicher Schritte im

Falle der Wiederholung. Ein kurzes Gespräch hätte bereinigend wirken können. **Andreas Goetzmann** hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon sehr erhoben über andere Positionen und das andersdenkende Volk.

2018 verstarb der ehemalige Stadtbaudirektor der Landeshauptstadt Potsdam, **Richard Röhrbein**. Mit meiner Kollegin aus dem ehemaligen Büro beim Stadtarchitekten, der Landschaftsarchitektin und Autorin des Staudenhofes **Hiltrud Berndt**, nahm ich an der Beisetzung des schöpferischen, nicht unumstrittenen **Richard Röhrbein** teil. **Peter von Feldmann** war auch zugegen, seitens der Landeshauptstadt Potsdam der Bürgermeister **Burkhard Exner**. Vermisst habe ich **Andreas Goetzmann**, hat er doch jahrelang mit ihm zusammen an der Stadtentwicklung Potsdams gewirkt. Die Gründe seines Fernbleibens bleiben mir verborgen.

Abschied heisst doch auch weitergehn
Tränen hat die Trauer, aber auch das Glück
Komm gut an, nicht zurück
Wandersmann, komm gut an, geh…
RENFT, Wandersmann

Die nicht erst seit der Kommunalwahl 2019 von der Wähler*innengruppe DIE aNDERE vertretenen stadtentwicklungspolitischen Ziele stehen in Teilen gegen derzeit mehrheitsfähige kommunale Beschlusslagen. Diesen unterwirft sich die Verwaltung, was auch ihr Auftrag ist. Das hindert die Fraktion DIE aNDERE jedoch nicht daran, Alternativen aufzuzeigen, sich sachlich mit der gebotenen Schärfe einzubringen. Wenn die Kritik zu begründen ist, wird die Verwaltung nicht geschont. Sowohl im Stadtentwicklungsausschuss als auch in verschiedenen Beteiligungsformaten hat **Andreas Goetzmann** die tiefgründige fachliche Reibung mit ihm nicht selten ausholend und umschweifend zur Erschöpfung der Beteiligten ausgebremst.

Andreas Goetzmann hat Diskussionen scharf geführt, ob die zur Schau gestellte Sachlichkeit von allen Wahrheiten untersetzt gewesen ist, sei dahingestellt. Die von ihm vehement vertretenen und mit allen Mitteln vorangetriebenen, vom Glanz der Vergangenheit und dem uneingeschränkten Bauen bestimmten, städtebaulichen Ziele haben keineswegs die Erwartungen der Zurückgelassenen, der anders Lebenden, der Ausgebooteten und Schwachen erfüllt. Deshalb verabschiedet sich DIE aNDERE von **Andreas Goetzmann** in einem nicht beendeten Disput. Künftig bedarf es einer anderen, einer wirklich behutsamen, ohne Abrisse geprägten, den Bestand und die Freiräume respektierenden Stadtentwicklung. Seine Nachfolgerin oder seinen Nachfolger wird DIE aNDERE daran messen.

rmeisters

tens 200 Mio.€,

n

ung,
schutz.

venn

s 350 Mio.€

em Haushalt

erhaft für die
er Bürgerinnnen

che Steueraus-
den regionalen

Zum Herausnehmen. Die ausgefüllte Unterschriftenliste kann am Stand abgegeben oder an die Initiative geschickt werden.

DIE aNDERE

MIETENDECKEL POTSDAM

Potsdamer Bürgerbegehren für einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand

KONTAKT
Bürgerbegehren Mietendeckel Potsdam
c/o Kulturzentrum freiLand
Friedrich-Engels-Str. 22
14473 Potsdam

Mietendeckel-Potsdam@web.de
www.mietendeckel-potsdam.de

VERTRAUENSPERSON
Verena Reininger

STELLV. VERTRAUENSPERSON
Anja Heigl

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort	Datum	Unterschrift	
1							
2							
3							
4							
5							

Die Unterzeichnenden beantragen, dass folgende Frage gemäß § 15 der Brandenburgischen Kommunalverfassung zum Bürgerentscheid gestellt wird:

Unterstützen Sie die Forderung, dass der Oberbürgermeister - auch in seiner Funktion als Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt wird, im Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer städtischen Betriebe alle Mieterhöhungen zu unterbinden, die mehr als 1% der Kaltmiete innerhalb der letzten 5 Jahre betragen?

BEGRÜNDUNG

Seit Jahren passen nicht nur private Eigentümer*innen, sondern auch die Stadt Potsdam und ihr Wohnungsunternehmen ProPotsdam GmbH die Wohnungsmieten regelmäßig an den Mietspiegel an. Dies führt dazu, dass die ortsüblichen Vergleichsmieten steigen und der Mietspiegel bei jeder Aktualisierung höhere Kaltmieten pro Quadratmeter ausweist. Das wiederum stellt dann die Begründung für die nächsten Mieterhöhungen dar.

Diese Entwicklung widerspricht den wohnungspolitischen Zielsetzungen der Landeshauptstadt Potsdam. Stabile Mietpreise im städtischen Wohnungsbestand bremsen den Anstieg der Vergleichsmieten im Mietspiegel und damit die Mieterhöhungen auch im privaten Wohnungsbestand.

Mit dem Bürgerbegehren sollen die Mieterhöhungen im städtischen Wohnungsbestand auf 1% innerhalb von 5 Jahren begrenzt werden. Durch die Möglichkeit, die Mieten geringfügig zu erhöhen, soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass der Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand sich im Mietspiegel niederschlägt.

KOSTENSCHÄTZUNG

Die Kostenschätzung des Potsdamer Oberbürgermeisters vom 10.05.2021 befindet sich auf der Rückseite der Unterschriftenliste.

Kostenschätzung des Oberbürgei vom 10.05.2021

»Durch den Mietendeckel

- fehlen für den sozialen Wohnungsbau bis 2030 mindes davon 50 Mio. € Fördermittel
- summieren sich die Einnahmeausfälle der ProPotsdan

  - bis 2030 auf über 30 Mio. €,
  - bis 2040 auf über 150 Mio. €,
  - bis 2050 auf über 350 Mio. €,

- fehlen diese Eigenmittel für nachhaltige Stadtentwickl insbesondere auch für den LHP Masterplan 100% Klimc

Diese negativen Auswirkungen wären nur vermeidbar, v

- die Pro Potsdam Wohnhäuser im Wert von mindesten bis 2050 verkauft oder
- die Landeshauptstadt Potsdam einen Ausgleich aus d in gleicher Höhe leistet.

Das Geld fehlt der Stadt bei einem Kostenausgleich dau Sicherung der kommunalen Aufgaben für alle Potsdam und Bürger.

In der Kostenschätzung nicht beziffert sind voraussichtli fälle sowie negative Effekte für das lokale Gewerbe und Arbeitsmarkt.«

Städtische Betriebe

Gesunde Zukunft?

Ein Interview mit Dr. Jörg Kwapis, Sprecher der Initiative *Gesunde Zukunft*

VON LUTZ BOEDE

LUTZ BOEDE

Guten Morgen, es muss wohl etwa drei Jahre her sein, als sich die Initiative *Gesunde Zukunft* zusammenfand, um Unterschriften für den Tariflohn im Klinikum *Ernst von Bergmann* zu sammeln. Was war denn der Ausgangspunkt?

DR. JÖRG KWAPIS

Die Unzufriedenheit mit den Zuständen im Klinikum ist ja nicht neu. Wir alle leben in Potsdam und haben schon die eine oder andere persönliche Geschichte aus dem Klinikum gehört oder auch selbst erlebt, ob nun als Patient*in, Angehörige*r oder Beschäftigte*r. Wir hatten auch vorher schon darüber nachgedacht, ein Bürgerbegehren zu starten. Aber dazu hätten wir einen wasserdichten Kostendeckungsvorschlag erarbeiten müssen. Das war völlig illusorisch. Wie soll eine Bürgerinitiative denn so eine komplexe Berechnung anstellen, ohne dass sie Zugang zu den Zahlen des Klinikums erhält? Selbst der Oberbürgermeister hat doch gar keinen genauen Überblick über diesen Klinikkonzern und seine 15 Tochterunternehmen. Jedenfalls wurde dann die Kommunalverfassung geändert. Jetzt muss kein Kostendeckungsvorschlag mehr gemacht werden, sondern die Verwaltung muss eine Kostenschätzung abgeben. Die wird dann auf allen Unterschriftsbögen abgedruckt. Wir haben uns also im *Treffpunkt Freizeit* zusammengesetzt, unsere Bürgerbegehren formuliert und beim Oberbürgermeister so eine Kostenschätzung angefordert.

Wie lange hat denn das Sammeln der Unterschriften gedauert?

Wir haben im August 2019 mit Infoständen vor dem Stadthaus und dem Klinikum begonnen. Die letzten Unterschriften haben wir auf Weihnachtsmärkten eingesammelt. Das war einige Male schon ziemlich kalt. Aber letztlich haben wir es geschafft – in noch nicht einmal fünf Monaten.

War denn dieser ganze Aufwand überhaupt nötig? Die Stadtverordnetenversammlung hat doch letztlich beide Bürgerbegehren mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich denke, dass erst die beiden Bürgerbegehren mit je 17.500 Unterschriften diesen Sinneswandel ermöglicht haben und wohl auch Corona …

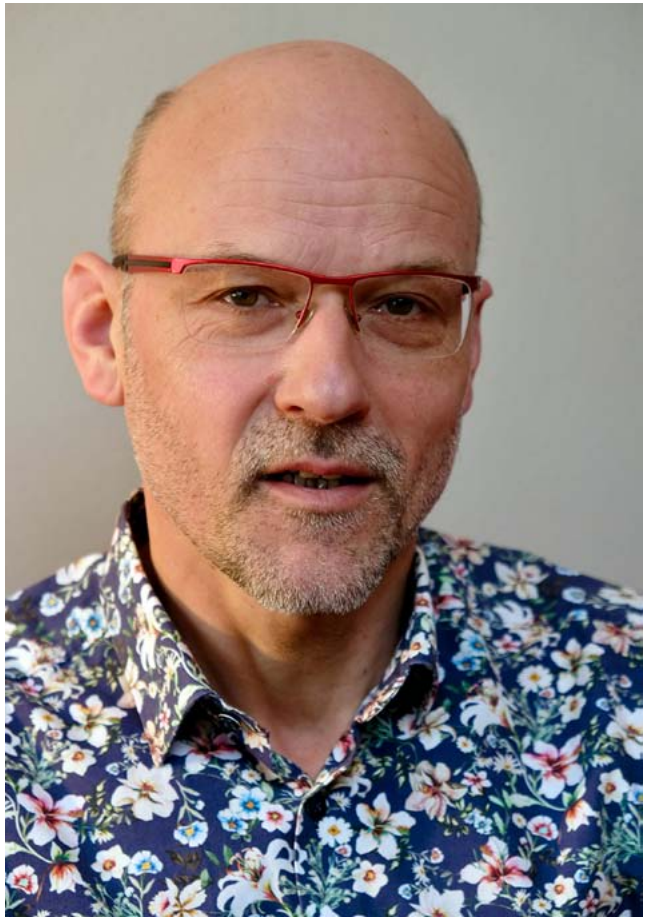
Wieso Corona?

Wenn ein Bürgerbegehren das nötige Unterschriftsquorum erreicht hat, können die Stadtverordneten das akzeptieren und wortgleich übernehmen. Ansonsten wird die Frage durch einen

Bürgerentscheid entschieden. Gerade aus der SPD gab es Stimmen, die bei Kultureinrichtungen und Sportvereinen sparen wollten, wenn sie durch einen Bürgerentscheid gezwungen werden, im Klinikum nach TVöD zu bezahlen. Wahrscheinlich dachten sie, dass sie mit dieser Drohung unseren Erfolg beim Bürgerentscheid verhindern können. Dann kam aber Corona. Da haben einige wohl auch eingesehen, dass unsere Initiative so einen Bürgerentscheid vielleicht doch gewinnen kann. Oder sie haben wirklich verstanden, dass die Beschäftigten im Klinikum besser bezahlt und vor Überlastung geschützt werden müssen.

Ist *Gesunde Zukunft* mit der Umsetzung der Bürgerbegehren zufrieden?

Zuallererst sind wir zufrieden, dass die Mehrheit der Stadtverordneten trotz einiger juristischer Nebelkerzen der Geschäftsführung weiter klar dazu steht, dass das städtische Klinikum in den TVöD zurückkehrt. Aber im Detail gibt es noch ganz viel Luft nach oben. Ich fange mal mit dem Bürgerbegehren für faire Bezahlung an. Es ist schon schwer nachvollziehbar, warum es fast ein Jahr gedauert hat, alle Arbeitsverträge im Haupthaus und in der Diagnostik umzustellen. Und ein paar Fälle sind auch heute noch offen. Sehr unzufrieden sind wir auch damit, dass die langjährig im Klinikum tätigen Mitarbeiter*innen bei der Umstellung ihrer Arbeitsverträge nicht in ihre alten Berufserfahrungsstufen eingruppiert werden. Das ist nicht in Ordnung. Diese Beschäftigten halten seit vielen Jahren das Klinikum zusammen und tragen besonders viel zur fachlichen Qualität der Arbeit bei.



Dr. Jörg Kwapis

Und dann gibt es noch einige Tricksereien, die uns ärgern. Wenn die SVV die Rückkehr in den TVöD beschlossen hat, darf die Geschäftsleitung das eigentlich nicht dadurch unterlaufen, dass sie den Empfang an eine Wachschutzfirma vergibt, einen Teil der Reinigungsleistungen öffentlich ausschreibt oder Beschäftigten der Servicegesellschaft plötzlich einen Arbeitsvertrag im Klinikum Forst verpasst, weil dort (noch) nicht TVöD gezahlt werden muss.

Und beim zweiten Bürgerbegehren?

Mit dem Bürgerbegehren für bessere Arbeitsbedingungen wollen wir die Beschäftigten im Klinikum entlasten. Es soll verbindliche Personalschlüssel geben, die auch durchgesetzt werden. Leider ist auf diesem Gebiet überhaupt noch nichts passiert. Offenbar ist die Geschäftsführung der Ansicht, die Tarifrückkehr muss jetzt erstmal reichen. Dabei wird es in den nächsten Jahren immer schwerer werden, Fachpersonal zu finden, wenn die Arbeitsbedingungen nicht grundlegend verbessert werden. Da muss also dringend etwas passieren. Das Bürgerbegehren muss schnell umgesetzt werden.

Der Abschlussbericht der Expertenkommission hat in vielen Bereichen des Klinikums ganz gravierende Mängel aufgezeigt – von der Krankenhaushygiene bis zum Führungsstil. Nun hat der Oberbürgermeister eine Workshop-Reihe zur Neuausrichtung des Klinikums anberaumt. Auch *Gesunde Zukunft* soll daran teilnehmen.

Wir werden teilnehmen, um dort die Sicht der Stadtgesellschaft einzubringen. Bisher ist die Tagesordnung ja sehr auf die Pläne für einen Neubau zugeschnitten. Wer ein Krankenhaus neu ausrichten will, sollte aber bei den Menschen anfangen, die dort arbeiten.

Wie sollte denn unser städtisches Krankenhaus der Zukunft aussehen?

Ein Krankenhaus muss nicht unbedingt Gewinn abwerfen, aber die bestmögliche Behandlung und Pflege bieten. Deshalb sollte das ausufernde Firmengeflecht des Klinikums schnell wieder abgewickelt und zusammengeführt werden. Aus den 16 GmbHs muss wieder ein richtiges Krankenhaus werden. Es muss auch nicht bis Forst oder Bad Belzig expandieren. Das Personal soll fair bezahlt werden und genug Zeit für die Patient*innen haben. Die Leitung des Klinikums gehört in die Hände von Mediziner*innen und Pflegekräften und nicht in die von Buchhalter*innen und Ökonom*innen.

Ist das denn realistisch?

Es ist noch sehr viel zu tun. Viele Probleme sind ja gar nicht auf der kommunalen Ebene lösbar. Wir brauchen im gesamten Gesundheitswesen einen Paradigmenwechsel weg von der Privatisierung und Gewinnorientierung hin zum Prinzip der kommunalen Vorsorge. Die Bürgerbegehren sind nur ein erster kleiner Schritt. Für weitere Schritte brauchen wir das Engagement der Beschäftigten – ob nun in der Initiative *Gesunde Zukunft* oder in den Mitbestimmungsgremien des Klinikums. Im nächsten Jahr finden überall im Klinikum die Betriebsratswahlen statt. Ich kann nur alle Beschäftigten ermuntern, sich einzumischen und sich für bessere Arbeitsbedingungen zu engagieren.

„Sicherer Hafen“ ist mehr als ein Label

VON LUTZ BOEDE

Vor etwa drei Jahren fasste die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einen wichtigen Beschluss: Die Stadt erklärte sich zu einem *„sicheren Hafen“* für aus Seenot gerettete Menschen (18/SVV/0878). Damit es nicht nur ein symbolischer Akt bleibt, beantragte DIE aNDERE eine Ergänzung: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich aktiv für die Seenotrettung geflüchteter Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen:

- durch die zusätzliche Aufnahme von weiteren Geflüchteten in Potsdam,
- durch Initiativen, die sich im Rahmen des Deutschen Städtetages für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur erleichterten Aufnahme von Flüchtlingen durch Bund und Länder einsetzen,
- durch Solidaritätsbekundungen mit Seenotretter*innen und durch die Würdigung des Engagements der Aktivist*innen, die ehrenamtlich auf NGO-Schiffen unterwegs sind,
- durch die öffentliche Übernahme einer Patenschaft für eine Mission der Seenotrettung,
- durch die persönliche Begrüßung ankommender Geflüchteter der Schiffsmission,
- durch die Anweisung an die Ausländerbehörde Potsdam, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Geflüchteten in Potsdam dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen,
- durch Veröffentlichung aller diesbezüglichen Aktivitäten, damit Potsdam als *„sicherer Hafen“* bekannt wird.

Unser Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen und seitdem wurde eine ganze Menge davon umgesetzt. Potsdam hat tatsächlich aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich aufgenommen. Der Oberbürgermeister hat sich und die Stadt Potsdam öffentlichkeitswirksam und bundesweit als Vorreiter im Städtebündnis sicherer Häfen profiliert. Die Seenotretter*innen der *IUVENTA-Crew* wurden 2019 in einer berührenden Feierstunde mit dem *Max-Dortu-Preis* für Zivilcourage und gelebte Demokratie ausgezeichnet. Nun wird die Stadt Potsdam auch bald die Patenschaft für eine Mission der Seenotrettung übernehmen.

Aber ausgerechnet bei der städtischen Ausländerbehörde schwächelt der *Sichere Hafen*. Dabei ist der Oberbürgermeister hier nicht auf die Zustimmung des Bundesinnenministers angewiesen wie bei der Zuweisung Geflüchteter. Er kann als Leiter der Stadtverwaltung ganz einfach seine Ausländerbehörde anweisen, ihre Spielräume zu nutzen, um für die nach Potsdam gekommenen Menschen legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen. Warum **Mike Schubert** sich damit so schwer tut, verstehe ich nicht. Das Agieren der Ausländerbehörde konterkariert alle Bemühungen, ein *Sicherer Hafen* zu werden.

Bisher haben sich damit nur der Migrantenbeirat und ein paar interne Arbeitskreise herumgeärgert. Das aber scheint mit dem 08. März 2021 vorbei zu sein. An diesem Tag demonstrierten etwa einhundert geflüchtete Frauen vor dem Stadthaus und forderten Papiere und Aufenthaltsrecht für sich und ihre Familien. Viele von ihnen kommen aus afrikanischen Ländern und haben deutsche Kinder. Sie empfinden die jahrelangen Kettenduldungen als zermürbend und schikanös. Bei der Kundgebung vor dem Stadthaus berichteten sie am 08.03. lautstark über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Ausländerbehörde (ABH). Das Geschilderte schmeckt nach Diskriminierung und Schikane. Wie sonst soll man es nennen, dass eine Behörde, die selbst alle Termine absagt, um sich vor Kontakten und Infektionen zu schützen, von Eltern deutscher Kinder verlangt, dass sie in afrikanische Länder fliegen, um sich dort ein neues Visum zu holen. Warum verzichtet die Potsdamer ABH nicht auf das Nachholen des Visaverfahrens – Wie es viele andere Ausländerbehörden seit Jahren tun, obwohl sich ihre Städte nicht zu *Sicheren Häfen* erklärt haben? Warum ist es ausgerechnet in Potsdam so langwierig, eine Erlaubnis zum Arbeiten oder zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft zu erhalten? Die geflüchteten Frauen werfen der Ausländerbehörde strukturellen Rassismus vor. Sie fordern die Absetzung des Behördenleiters **Andy Meier** und ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister **Mike Schubert**. Bis heute hat dieses Gespräch nicht stattgefunden. Der Oberbürgermeister hat seine Sozialbeigeordnete **Brigitte Meier** vorgeschickt.

Am 27.04. fand die nächste Kundgebung vor dem Stadthaus statt. Diesmal nahmen doppelt so viele Menschen und viele Pressevertreter*innen teil. Fast zwei Stunden forderten und redeten die Protestierenden. Immer wieder wurde *„Meier muss weg!“* skandiert. Allerdings wiesen mehrere Rednerinnen darauf hin, dass **Mike Schubert** der Oberbürgermeister ist und dass seine Ausländerbehörde ihm untersteht.

Ich hoffe nicht, dass **Mike Schubert** noch länger versucht, die Probleme auszusitzen und auf seine Sozialbeigeordnete abzuwälzen. Wer Oberbürgermeister einer weltoffenen Stadt sein will, hat keine Wahl, wenn seiner Ausländerbehörde Rassismus vorgeworfen wird: Er muss die Vorwürfe persönlich anhören und sie zur Chefsache machen. Oder er soll den Bündnis-Schal *„Potsdam bekennt Farbe“* gleich mit an seine Sozialbeigeordnete übergeben.

Staudenhof – Teil 1: Seine „grüne“ Zukunft

Auf der Kreismitgliederversammlung der Grünen am 25.03.2021 wurde ein Antrag des Kreisvorstandes beschlossen. Die Überschrift lautet „Die grüne Zukunft des Staudenhofes“.

VON CARSTEN LINKE

Ein Paradoxon: Ein zum Abriss preisgegebenes Areal, dessen Namen auch getilgt wird, bekommt eine grüne Zukunft durch eine Neubebauung? Der Selbstbetrug hat jedoch andere Gründe. **Noch ein Paradoxon:** Der grüne Kreisverband glaubt, mit seinem Beschluss Kriterien aufgestellt zu haben, an die eine Zustimmung für die Neubebauung gebunden ist. Diese sollen vor dem Abriss gesichert werden. Derweil hat die Grünen-Fraktion zuvor im Hauptausschuss längst dem Abriss des Staudenhofes zugestimmt! Das heißt: Wenn die alte Bebauung weg ist, kommt ein neues Quartier – auch ohne das grüne *Wünsch-Dir-was*.

Die Grünen behaupten, dass Untersuchungsergebnisse vorlägen, nach denen *„in der Gesamtschau ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte“* ein geförderter verdichteter Neubau die tragfähigere Variante für die Zukunft des Areals sei. Die Beweise fehlen. Die Einschätzung ist fachlich falsch. Aber selbst wenn der Neubau nachhaltiger wäre, wieso wird dann im Antrag ein *Wünsch-Dir-was* aufgelistet, welches überhaupt nicht Gegenstand der Untersuchung war. Jeder dieser Wünsche, die hier als Voraussetzungen für eine Zustimmung (!) aufgelistet werden, treibt die Neubauvariante – trotz Förderung – ins preisliche Abseits.

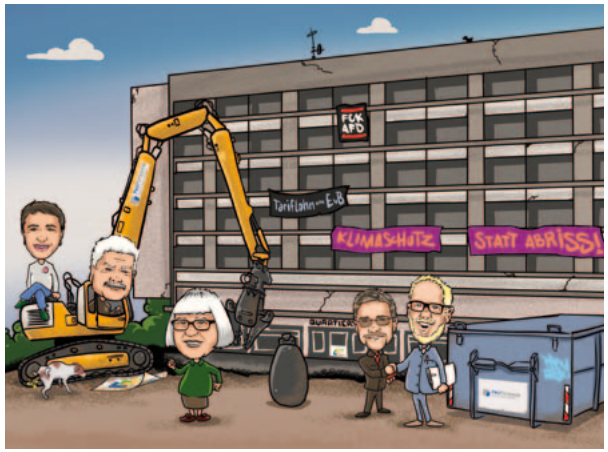
Das sind die Wünsche, die als Zustimmungsvoraussetzung dargestellt werden:

- *„direkt vor Ort durch geeignete Maßnahmen wie die Nutzung erneuerbarer Energie (z.B. Photovoltaikanlagen)“* ... Ist das mit der Hüterin der Sichtachsen und des historischen Stadtbildes abgestimmt oder sollen die PV-Anlagen in den Keller?
- *„Baustoffe aus dem Abriss sind soweit wie möglich zu recyceln und wenn durchführbar im Neubau wiederzuverwenden.“* ... Wenn das Wörtchen wenn nicht wäre - Es ist wirtschaftlich nicht durchführbar, eine rechtliche Vorgabe fehlt, da die Baustofflobby dies verhindert.
- *„Es sind in maximal möglichem Umfang Bauweisen zu verwenden, die CO2 binden und nicht verursachen, wie nach aktuellem Stand die Holzbauweise.“* ... Auch gut, aber warum wurde dem Antrag der aNDEREN nach einer Prüfpflicht für Holzbauweise nicht zugestimmt?
- *„Ein echter – also auch konstruktiver – Holzbau wird über die Verwendung von mindestens 150kg Holz/nachwachsende Rohstoffe pro 1qm Wohnfläche definiert.“* ... Richtig! Aber ist das schon im oben genannten Variantenvergleich eingepreist? ... NEIN!
- *„Des Weiteren soll es Fassaden-, Dach- und Außenflächenbegrünung geben und Niederschlagswasser ist vor Ort zu versickern. Die Toilettenspülung ist im gesamten Gebäude mit Grauwasser zu betreiben.“* ... Auch ein guter Vorschlag. Nur haben die Dachflächen des Staudenhofes ein viel größeres Potential zur Dachbegrünung, Regenwassernutzung und für Photovoltaikanlagen als die Schrägdächer der angestrebten Bürgerhäuser.
- *„Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, zu untersuchen, inwiefern die vorhandenen fünf Linden im Rahmen einer Umpflanzung für die Potsdamer Mitte erhalten werden können und insbesondere die östliche Karreeseite begrünt werden kann.“* ... Toll! Fünf Linden als Ersatz für den vorhandenen Baum- und Pflanzbestand und als Trostpflaster für die „Graue Energie“ des Staudenhofes, die ca. 18.000 Buchen im Alter von 45 Jahren entspricht.

Ökologisch ist der Neubau eine Katastrophe. Das Angebot an preiswertem Wohnraum wird nicht besser, da das Quartier den Mietspiegel nach oben treibt. Wirtschaftlich macht der Neubau nur in der ursprünglichen Variante Sinn, weil er hoch subventioniert wird (Fördermittelrichtlinien). Die grünen Sonderwünsche sind darin nicht eingepreist. Volkswirtschaftlich macht das Projekt keinen Sinn, denn die Neubauvariante kostet mindestens 40 Millionen Euro, während die Sanierung für 18 Millionen zu haben ist.

Wenn wir die ökologischen Wünsche wie Photovoltaik-Nutzung, Dachbegrünung, Regenwassernutzung und Grauwasserkreislauf bei der Sanierung umsetzen, weil sie dort auch umsetzbar sind (!), dann hätten wir wirklich endlich mal ein Modellprojekt umgesetzt, was den Titel *„grüne Zukunft Staudenhof“* verdient. Die großen Dachflächen des Staudenhofes bieten sich regelrecht dazu an, begrünt oder solar genutzt zu werden.

Eine ernsthafte Machbarkeitsstudie hätte auch dies geprüft: Wo ist mehr Erneuerbare Energie und Ökologie umsetzbar – im Wohnkarree mit Hofbebauung oder am Staudenhof? Und wie rechnen sich dann beide Varianten? Das haben aber die Grünen nicht gefordert, sondern weitere Diskussionen und Berechnungen blockiert. Wer dieses Gebäude zerstört macht sich mehrfach hinsichtlich des Klimaschutzes schuldig: Die gebundene graue Energie mit ihrem erheblichen CO2-Rucksack wird nutzungslos und durch Neubauten mit weiterem CO2 ersetzt; die idealen Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energie sowie zur Dachbegrünung und Luftreinhaltung werden verschenkt.



Die grüne Partei schwirrt in einem Paralleluniversum herum, während ihre grünen Mandats-träger*innen in Stadt, Land und Bund unökologische, konservative Wirtschafts- und Baupolitik betreiben. Gleichzeitig glauben SPD und Linke immer noch, dass die Schaffung von preisgebundenem Wohnraum (der nur temporär besteht) eine soziale Maßnahme darstellt.

Staudenhof – Teil 2: Seine „instabile“ Vergangenheit

VON CARSTEN LINKE

Im Staudenhof begann in den neunziger Jahren etwas Neues, während in Krampnitz das Ende eingeläutet wurde. Heute scheint es umgekehrt. Mit der deutschen Einheit veränderten sich Trägerschaften und Finanzierungen von Einrichtungen. Auch von Galerien, Ausstellungs- und Gemeinschaftsräumen. Mitte 1994 taten sich Künstler*innen zusammen, um nach eigenen Räumen zu suchen und in Selbstverwaltung einen Galeriebetrieb und neue Formen der Präsentation und Kommunikation auszuleben.

Der damalige Schlösserdirektor der *Staatlichen Schlösser und Gärten*, **Dr. Hans-Joachim Giersberg**, und **Hartmut Knitter** als Mitarbeiter des Bezirksheimatmuseums bewerteten den Ort ihrer Wahl – den Staudenhof – so: *„Besonders reizvoll ist ein Gang zum Platz der Einheit durch den Staudenhof. Zwischen zwei Neubaukomplexen befindet sich ein 1977 angelegter intimer Gartenbereich, in dem Blumen, Bäume, Bänke sowie ein Brunnen des Potsdamer Metallgestalters Ch. Röhl und Plastiken des Bildhauers J. von Woyski zum Verweilen und Entspannen einladen. Unter dem Staudenhof befindet sich die Versorgungsstraße zur Belieferung der umliegenden Geschäfte, zu denen auch die „Staudenhofgalerie“ gehört.“* [1]

Die Stadt wollte die Galerie aufgeben. Die Künstler*innen suchten nach bezahlbaren Räumen. Eine Suche, die heute noch gegenwärtig ist. Um den damals wie heute geltenden bürokratischen Vorgaben gerecht zu werden, wurde im Oktober 1994 der *Förderverein für instabile Medien e.V.* (FIM) gegründet. *„FIM fördert Kunst, fördert Wahrnehmung, fördert Telekommunikation, fördert die „Potsdam“-Bescheidung und die Verweigerung, löst die Knoten zwischen Ordnung und Zufall. FIM fördert das schöpferische Chaos, den Einsatz der Namen, der Sprache, der Zahl und der Erzählung.“* Und dies in einer Zeit, in der das Internet wirklich noch Neuland war. Die Einbeziehung dieses neuen, teils noch unbekannten und „instabilen“ Mediums in die Kommunikation um und in die Präsentation von Kunst, darum sollte es gehen!

Um dies umzusetzen wurde der Staudenhof in Eigenleistung umgebaut. Eine Zwischendecke für die Rechentechnik musste eingezogen werden. Die tragenden Säulen, die noch heute sichtbaren „Gittermasten“, erforderten die Neuverlegung aller Medien (Strom, Gas, Wasser) für das Café. Eine Treppe zur Zwischenebene wurde eingebaut, neue Toiletten und ein Buchladen entstanden. Aus diesem sind später die *Script*-Buchhandlung von **Kerstin Seefeldt** in Babelsberg und das Antiquariat von **Jörg-Peter Eifler** im Holländischen Viertel hervorgegangen. Die Galerie und der sich vor den großen Fenstern ausbreitende „intime

[1] in der 1985 erschienenen Ausgabe des im Tourist-Verlag herausgegebenen Stadtführeratlas „Potsdam“

Gartenbereich“ wurden zu einem eigenen Kosmos – mitten in der Stadt, einsehbar, erreichbar und trotzdem eigenständig, eigendynamisch, kommunikativ. Nicht nur die *instabilen Medien*, auch der Ort selbst, veränderten den Kontext, in dem sie sich befanden.

Die Bauarbeiten kosteten uns Zeit, Geld und Mühe.[2] Trotzdem entstanden neue Projekte. Die Finanzierung dieser wurde Stück für Stück erkämpft. Die Digitalisierung des Ortes nahm Gestalt an. Das erste „Internetcafé“ des Landes war entstanden, obwohl es diese Begrifflichkeit noch gar nicht gab. Ein digitales Verzeichnis zahlreicher Künstler*innen und ihrer Arbeit für den *Verband Bildender Künstler in Brandenburg* entstand als „Werbeträger“ für mögliche Geldgeber*innen. Mit dem Konsum-Projekt wurde sich auch physisch mit dem Umland vernetzt.

„Das Konsum-Projekt stellt ein Ensemble künstlerischer Arbeiten vor, die in mehreren Brandenburgischen Dörfern in leerstehenden Konsumläden den Ort und die Situation „Konsum“ zum Ausgangspunkt nehmen ...“ Die westliche Kommerzgesellschaft hatte längst die Orte des Ostens erreicht. *Kirche-Kneipe-Konsum*, die drei dörflichen Kommunikations-*K*s, waren verstummt. Supermärkte, Arbeitslosigkeit und neue Götzen hatten die Gegend verändert. Mit den Kunstprojekten in den Dörfern des Flämings und der Vernetzung per Internet entstand eine neue räumliche und inhaltliche Verknüpfung. Neben den Kunst-Installationen war es möglich, per Bildschirm die anderen Orte zu besuchen. Heute eine Selbstverständlichkeit und zu *Coronazeiten* oft auch eine willkommene Abwechslung. Damals hatten die meisten Haushalte vielleicht schon ein piepsendes Modem und konnten zusehen, wie sich einzelne Bildschirmzeilen aufbauten, an Breitband und Glasfaser war nicht zu denken. Selbst das *World-Wide-Web* stand noch in den Kinderschuhen – leider ist dies in einigen Teilen Brandenburgs immer noch so.

Für die technische Umsetzung einer stabilen verlässlichen Internetverbindung war die Kooperation mit der Fachhochschule notwendig. Sie war damals einer der wenigen Orte in der Stadt, der einen leistungsfähigen Zugang zur digitalen Welt hatte. Mittlerweile ist sie – nicht spurlos – verschwunden.

Verschwunden war damals die *Rote Armee* aus Potsdam. Die erste Ausstellung in der Staudenhof-Galerie war eine Arbeit über den verlassenen Ort Krampnitz. Die sowjetischen Streitkräfte hatten den Standort aufgegeben und Vieles stehen und liegen lassen. Einzelne Objekte wurden gescannt und online gestellt. Die Galerie war nun nicht mehr nur der Raum im Erdgeschoss. Die ganze Welt *„schaute auf diese Stadt“*. Reaktionen kamen von überall. Für eine kurze Zeit wurden Krampnitz und die Lebensverhältnisse der Soldaten sichtbar. Anderseits entwickelte sich Krampnitz schon seit 1992 zu einem Gespensterort, dem Verfall preisgegeben.

Heute ist es umgekehrt. Krampnitz soll entwickelt werden und der Staudenhof ist dem Verfall preisgegeben. Der eigentliche Staudenhof – der von Hiltrud Bernd geschaffene Gartenbereich - ist dem bürgerlichen Stadtumbau-Vandalismus schon zum Opfer gefallen. Der Quartierstreff soll bald folgen. Ein Ort weniger in der Innenstadt, der echtes Miteinander ermöglichte.

[2] **Dank an alle Beteiligten, vor allem Thomas Kumlehm, K.C. Wedemeyer, Tillmann Heyer und Stefan Eisermann (†).**

Am Ende werden kleine, aber feine Wohnungen – voller Geschichten – vernichtet. Gleichzeitig soll in Krampnitz ein neues Stadtviertel entstehen. Das Ziel eines CO^2-neutralen Quartiers ist positiv zu bewerten, allerdings ist der Weg dahin sehr brüchig. Keine Straßenbahn in Sicht. Keine wirklich klimaneutrale Energieversorgung gesichert. Die Entscheidung für die Deutsche Wohnen als Partnerin spricht für sich.

Bei aller Gegenläufigkeit der Geschichte, eins haben Staudenhof und Krampnitz gemeinsam: Die Stadt hat sich in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht bei beiden Projekten verrechnet.

© Kathrin Ollroge

© Kathrin Ollroge

© Kathrin Ollroge

Die Fotoserie „Nachbarn“ von **Kathrin Ollroge** war als Ausstellungs- und Buchprojekt konzipiert und Teil eines größeren Projektes der Initiative *Metropolar*, die sich mit dem Umgang der Architektur der Moderne in Potsdam auseinandersetzt.

Fotografie als Transportmedium sollte 2011 die öffentliche Wahrnehmung und Aufmerksamkeit für das Haus und das Gelände schärfen; einen Beitrag dazu leisten, das Staudenhof-Ensemble als kulturelles Erbe in den Köpfen der Potsdamer*innen verankern zu helfen.

© Kathrin Ollroge

Einige der großformatigen Arbeiten von **Kathrin Ollroge** wurden zuletzt 2016 in der Ausstellung *Ist das Stadt oder kann das weg?* im Schaufenster der Fachhochschule gezeigt.

Kathrin Ollroge ► *www.gedanken-raeume.org*

Freizeit

Bitte gehen Sie weiter!

Ausflugstipps für den Süden

VON ANNEGRET PANNIER

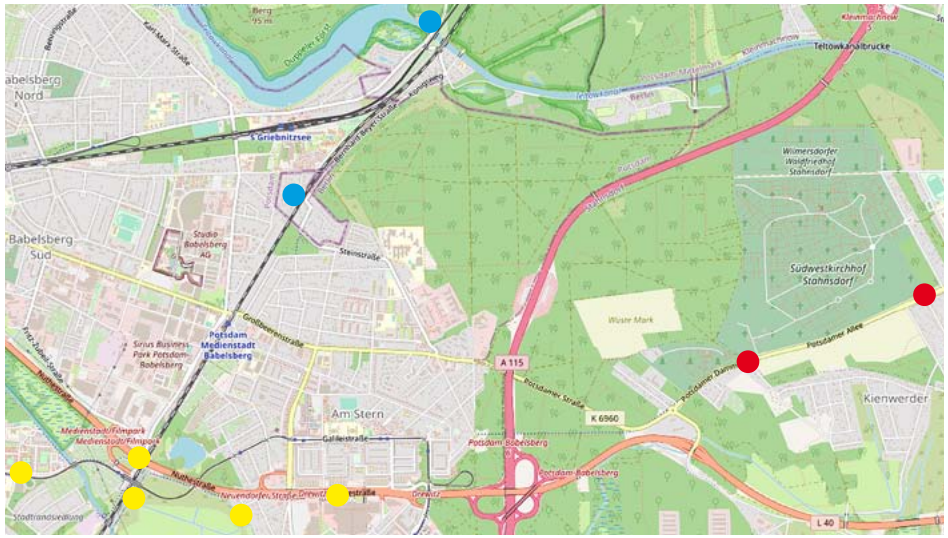
Klassische Lokalzeitungen raten in ihren Freizeittipps dazu, mal eben zur Burg Rabenstein oder nach Germendorf zu fahren. Das dauert mit dem ÖPNV je 1,5 bis 2,5 Stunden, wobei eine erfolgreiche Rückfahrt gerade an Wochenendtagen nicht garantiert ist. Wir stellen lieber naheliegendere Familientouren vor. Diese eignen sich sogar, wenn Sie radfahrmuffelige Kinder haben oder ihr Rad aus dem Mietshauskeller hochschleppen müssten, um es dann durch zahlreiche ebenerdig abgestellte PKW zu fummeln.

Noch immer ist das Schülermonatsticket teurer als das Mobilitätsmonatsticket für Erwachsene, da sollte es auch genutzt werden, schließlich hat die ViP extra FFP2-Masken an ihre Abokund*innen verschickt und verschenkt. Wir beginnen mit einem Klassiker:

Ausflug 1: Bitte die Würde der Toten beachten ●

Mit der 601 oder X1 (ab Hbf)

An der Haltestelle *Stahnsdorf Meisenweg* auszusteigen und dann lange zu laufen (Trage für Klein(st)kinder nicht vergessen!) ist längst kein Geheimtipp mehr, aber immer wieder schön. Auf Deutschlands zweitgrößtem Friedhof ist viel Platz und es gibt erheblich mehr zu sehen als die berühmte Holzkirche im Norwegischen Stil. Die Rede ist vom *Südwestkirchhof Stahnsdorf*.



Mit lebhaften Kindern zwischen 1 und 6 Jahren muss man vielleicht ein wenig mit philosophischen Gesprächen nachhelfen, damit nicht derart gerannt und gesungen wird, dass es andere Friedhofsbesucher*innen stört, aber vor allem mit älteren Kindern finden sich an den zahlreichen Mausoleen und fantasievollen Grabmälern diverse Anlässe zu ernsten, interessanten Redebeiträgen von Architektur über Biologie bis hin zu Geschichte und Gesellschaft. Um sich nicht zu verlaufen empfiehlt sich die Mitnahme einer gedruckten Karte am Anfang des Geländes oder die Installation von Kartensoftware auf dem Telefon. Apropos Smartphone: Natürlich bietet der Kirchhof diverse Szenen für spannende Fotos. Diese sollten natürlich stimmungsmäßig im passenden Rahmen bleiben und nicht ungefragt Mitmenschen oder Grabdaten abbilden.

Auch möglich: schon an *Kienwerder* aussteigen und den *Waldfriedhof Güterfelde* ansehen. Er ist mittelgroß, oft leer und sehr gut für den Halloween-Spaziergang geeignet. Bis dahin ist natürlich noch etwas Zeit, aber schon jetzt können Sie an dieser Busstrecke interessante Haltestellenarchitektur und ein verfallendes Sanatorium *(http://www.rottenplaces.de/main/elisabeth-sanatorium-5166/)* begutachten. Wer hingegen etwas Modernes sehen möchte, macht einen Schlenker zum *Güterfelder Schloss* und trifft potenziell sehr viele Menschen am dortigen kleinen, aber sehr neuen, Spielplatz.

Übrigens: Hinter der Potsdamer Stadtgrenze liegt der Tarifbereich Berlin-C bzw. Potsdam-C. Wer es ganz richtig machen möchte, erwirbt also einen Anschlussfahrschein zu seinem Potsdam AB-Ticket.

Ausflug 2: Huch, schon in Westberlin ●

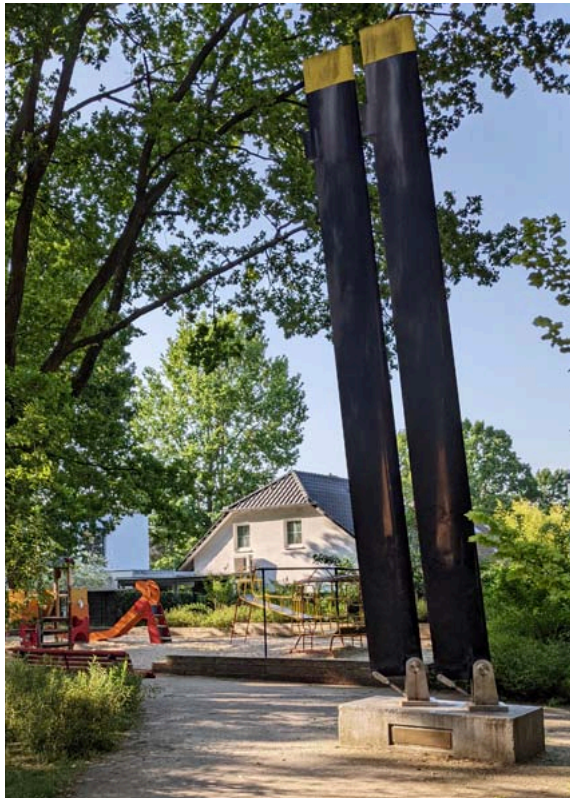
Mit der 694/116 (ab Sterncenter bzw. Steinstücken)

Direkt hinter Babelsberg geht der Einfamilienhaus-Bereich des Sterns in das villenaffine Steinstücken über. Hierhin fährt auch der Bus 694, wenn man nach dem Studentendorf sitzen bleibt. Was man als Zugezogene*r nicht gleich weiß: Steinstücken geht auf der anderen Seite der Regionalbahnschienen noch weiter.

Daher: Steigen Sie an der Haltestelle *Stahnsdorfer Brücke* aus dem 118er oder bei *Rote Kreuz-Straße* aus dem 694er und suchen Sie den Hubschrauberspielplatz zwischen schicken Häuschen der Berliner Exklave Steinstücken. Es ist ein schöner Ort, um mit Kindern über jüngere Geschichte zu sprechen. *(„Warum ist da ein echtes, großes Rotorblatt?“ – „Früher war hier nicht die DDR, sondern Westberlin und es gab eine kurze Zeit, da wurden Lebensmittel per Hubschrauber eingeflogen, weil ...“)*

Aber es ist auch einfach ein guter Spielplatz für alle Altersklassen, der neben einem hubschrauberförmigen Retro-Klettergerüst auch Rutschen für Minis und interessante Elemente für Jugendliche bietet. Und da Anwohner*innen meist eigene Trampoline und Schaukeln in ihren Gärten haben, ist auf dem Spielplatz selten viel los.

Anschließend geht es bei Bedarf nach weiteren Abenteuern zurück zur Haltestelle. Der 118er, ein oft sehr leerer Bus, fährt bis Wannsee. Dabei streift das Auge westdeutsche Architektur und Läden, wie es sie auf Potsdamer Gebiet nicht gibt. Für einen weiteren optimalen Spielplatz lohnt es sich jedoch bereits an *Neue Kreisstraße* auszusteigen: Die *Söhnel-Werft* bietet Event-Gastronomie und Bootsleihe, aber eben auch einen niedrigschwelligen Biergarten und einen übersichtlichen Spielplatz mit guter Geräteauswahl. Hier kann man aufs Wasser und diverse Schiffchen und Boote schauen und dazu Eis, Getränke oder richtige Speisen verputzen.



Es könnte ja sein, dass bei Erscheinen dieser Zeitschrift die Außengastronomie wieder geöffnet ist – schön wäre es – und im späteren Jahresverlauf kann man dort sogar

Kirschen vom Baum pflücken. Die *Söhnel-Werft* ist ein guter Ersatz für den geschlossenen Biergarten, der einst an der Linie 694 lag, als diese noch bis zum Babelsberger Schloss fuhr.

Es gibt nur ein Problem: Alles nach *Stahnsdorfer Brücke* ist Berlin B, dafür gibt es aber keinen Extrafahrschein. Um nicht nochmals ein Potsdamticket (im Rahmen eines Berlin BC-Tickets) zu kaufen, könnte man von jemandem ein Umweltticket Berlin ABC leihen, am besten am Wochenende oder feiertags, da gilt es für 2 Erwachsene und 3 Kinder. Die Alternative ist der Kauf von Kurzstreckentickets für Berlin (zu 2 Euro pro Person für hier 3 Minuten Fahrt).

Ausflug 3: Neben Schienen, Straßen und Wässerchen

Mit der 92/96

Potsdam, das ist nicht nur: *Häuser* und der Streit darum. Diese Route verdeutlicht das aufgeschlossenen Spaziergänger*innen. Von der Haltestelle *Bisamkiez* aus geht es über die schmale Nuthebrücke (hinter dem Ende des Schlaatzes) hoch zum Schienenkreuz. Dort der Ausschilderung Richtung Drewitz folgen und sich auf der Schnellstraßenbrücke ganz klein fühlen: Wie schon auf der Straßenbahnbrücke sind Fußgänger*innen und Radfahrende hier der letzte Rest, für den offenbar kaum Baumaterial übrig war. Folglich heißt es warten, bis der Gegenverkehr durch ist, während vierspurig laut Autos vorbeirasen.

Ist das geschafft folgt man der Serpentine nach unten und kann optional für Fotoshootings oder nostalgische Momente auf stillgelegten Schienen abbiegen. Der 1970 eingeweihte Schienenstrang führt zum Drewitzer Industriegebiet: Mit Waggons wurden zu DDR-Zeiten u.a. Heizwerk, Minol-Tanklager, Brauerei und Baustoffhandel beliefert. Für eine Extrarunde Dorfgefühl begutachte man die Entwässerungsgräben auf dem anliegenden Acker – und bei entsprechendem Wetter auch Schmetterlinge, Libellen und putzige Käfer.

Zurück auf dem in den letzten Jahren asphaltierten Hauptweg zwischen Schlaatz und Drewitz empfiehlt sich ein Gespräch über Fernwärme. Deren Leitungen sind schließlich nicht zu übersehen und können auch nicht ganz einfach überklettert werden. An den ersten Häusern des Wohngebiets Alt-Drewitz gibt es einen Übergang, der (bei Abzweigwunsch) zu einem Weg entlang eines sehr kleinen Gewässers führt. Hier kommt minimales Spreewaldflair auf und beim Krabbeln über kleine Brücken und Bücken ins Matschige kann alles getan werden, was mit Ästen, Steinen oder Blättern eben möglich ist.

Wer nun wieder ein Bedürfnis nach Urbanität verspürt, folgt nicht nur dem Hauptweg erneut, um beim *Sterncenter* in seinen Bus einzusteigen, sondern erwirbt noch einen Kuchen oder *Bubble Tea to go* im Center selbst. Falls beim Erscheinen dieser Zeitschrift das imposante *Porta* wieder regulär geöffnet hat, kann man auch einen Espresso mit direktem Blick auf dessen riesigen Parkplatz genießen. Wenn nicht, so kann man vor allem sonntags hier spannende Fahrschulmanöver und rasante Bremsversuche gelangweilter Tuningfans verfolgen. Das wiederum bringt Dorffeeling, welches durch den Kauf von Bier und Würstchen an einer der Tankstellen gegenüber verstärkt werden kann.

Potsdams Süden bietet eben alles. Und sogar ein Jagdschlösschen! Das aber ist eher nichts für Familien mit kleinen Kindern.

Wohnen

Retten wir die ProPotsdam!

Bürgerbegehren für einen Potsdamer Mietendeckel

VON LUTZ BOEDE

Für viele Menschen in Potsdam hat die Höhe ihrer Miete längst existenzbedrohende Dimensionen angenommen. Die Aussicht, dass es keinen erkennbaren Ausweg aus der Spirale Mietsteigerung – steigender Mietspiegel – Mietsteigerung zu geben scheint, hat bereits viele Mieter*innen aus der Stadt verdrängt. Seit Jahren gehört der Einsatz für günstigen Wohnraum zu den Kernthemen unserer Wählergruppe.

Natürlich haben die Aktivitäten der Mieter*innenbewegung im benachbarten Berlin auch deutliche Auswirkungen auf die Situation in Potsdam. Zum einen haben die riesigen Demos in Berlin das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Wohnungs- und Mietenpolitik wird wohl das wichtigste Thema im laufenden Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus werden. Das wird natürlich auch im Umland ankommen. Zum anderen haben die Auseinandersetzungen um den Mietendeckel und um das Volksbegehren zur Enteignung der Wohnungsbestände der großen Immobilienkonzerne in Berlin auch dazu geführt, dass sich *Deutsche Wohnen* und Co. verstärkt im Berliner Umland betätigen.

Gerade Potsdam ist ein attraktives Biotop für Immobilienhaie. Die Stadt verspricht hohe Spekulationsgewinne und eine Stadtverwaltung, die jedem Immobilienriesen entweder den roten Teppich ausrollt oder notfalls im Klageverfahren unterliegt.

Höchste Zeit, sich zusammenzusetzen, damit auch in Potsdam die Mieten gedeckelt werden. Beim ersten Treffen der Initiativgruppe für einen *Potsdamer Mietendeckel* waren Mieter*innen vom Brauhausberg, aus der Innenstadt, aus der Brandenburger Vorstadt und aus der Anwohner*innen-Initiative *Teltower Vorstadt* dabei. Dazu kamen Aktive aus der LINKEN und der aNDEREN. Da die Handlungsoptionen auf der kommunalen Ebene begrenzt sind, verständigte sich die Gruppe schnell darauf, ein Bürgerbegehren zu starten, um zumindest einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand durchzusetzen. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass es nicht reicht, dass die städtische Wohnungsgesellschaft *ProPotsdam* mehr als 17.000 Wohnungen besitzt, wenn sie diesen Bestand nicht nutzt, um die Mietpreise zu stabilisieren.

Wir erhoffen uns von einem Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand aber auch, dass sich die gedeckelten Mieten auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmieten auswirken. Diese werden statistisch im Mietspiegel abgebildet, der die Spielräume für Mieterhöhungen auch für private Vermieter*innen begrenzt. Daher entschieden wir uns auch, eine Mietsteigerung von 1 Prozent in 5 Jahren zu ermöglichen. Bei der Berechnung des Mietspiegels werden nämlich Wohnungen nicht berücksichtigt, deren Mieten 6 Jahre nicht verändert wurden.

Am 10.02.2021 wurde der Text des Bürgerbegehrens beim Oberbürgermeister eingereicht. Die Kommunalverfassung verlangt, dass auf jedem Unterschriftsbogen eine Kostenschätzung der Verwaltung abgedruckt sein muss, damit sich die Bürger*innen einen Überblick verschaffen können, welche Kosten durch die angestrebten Maßnahmen entstehen. Obwohl der Oberbürgermeister eine Kostenschätzung binnen vier Wochen ankündigte, hat es dann doch drei Monate gedauert. Besonders ärgerlich ist das auch deshalb, weil die Unterschriftensammlung nicht starten konnte, ohne dass die Kostenschätzung nicht auf die Unterschriftsbögen gedruckt ist.

Aber letztlich sagt die Kostenschätzung nun mehr über ihre Verfasser*innen als über die wirklichen Kosten. Als es um die Wirtschaftlichkeitsberechnung für den *Staudenhof* ging, konnte die *ProPotsdam* nicht einmal Fördermittelprogramme einpreisen, die in wenigen Monaten zur Verfügung stehen. Nun plötzlich kann das Fördermittelorakel voraussehen, welche Fördermittel bis 2030 möglich sind und wie sich der Mietspiegel bis 2050 entwickelt. Aber die Schätzung zur Höhe der ProPotsdam-Mieten 2030 und 2050 wollte der OB in der Kostenschätzung dann doch lieber nicht verraten. Stattdessen beließ er es bei diffusen Drohungen, dass das Geld dann für den *Masterplan 100% Klimaschutz* und den sozialen Wohnungsbau fehlen würde.

Pikant ist auch, dass der Oberbürgermeister sich in der Presse und im Hauptausschuss schon wegen der hohen Folgekosten für die *ProPotsdam* gegen das Bürgerbegehren aussprach bevor er überhaupt eine Kostenschätzung vorgelegt hatte. Auch die *ProPotsdam* kündigte bereits in öffentlichen Erklärungen an, den Wohnungsneubau einzustellen oder Wohnungen zu verkaufen, wenn das Bürgerbegehren erfolgreich sein sollte.

Die *ProPotsdam* hat inzwischen mehrere Millionen Euro für die Abführung an den städtischen Haushalt vorgesehen und zurückgestellt. Die städtische Wohnungsgesellschaft kümmert sich seit Jahren um viele städtische Aufgaben, die nichts mit der kommunalen Wohnraumversorgung zu tun haben – so z.B. um Sportanlagen wie den Luftschiffhafen oder das Karl-Liebknecht-Stadion, um das Tourismusmarketing der Stadt, um die Biosphäre oder um die Bewirtschaftung des Lustgartens. Am Brauhausberg und in der Speicherstadt trug die *ProPotsdam* ihren Teil dazu bei, Grundstücke für Privatinvestoren zu entwickeln. Besonders gut erinnern wir uns auch noch daran, dass die *ProPotsdam* im Juni 2016 prüfte, das *Hotel Mercure* anzukaufen und dass sie dem Eigentümer – außerhalb des Unternehmenszweckes und des eigenen Wirtschaftsplanes – ein millionenschweres Kaufangebot unterbreitete, nur um das Hotel abreißen zu können. Damals drohte die Geschäftsführung nicht mit dem Verkauf von Wohnungen oder mit der eigenen Pleite. Ausgerechnet jetzt, als sich die *ProPotsdam* mit einem Bürgerbegehren konfrontiert sieht, das die Mietsteigerungen in ihrem Wohnungsbestand deckeln soll, stellt sich die Geschäftsführung quer. Dabei soll diese Unterschriftensammlung die *ProPotsdam* wieder stärker zu ihrem Kerngeschäft zurückbringen und ihre Funktion als Instrument der kommunalen Daseinsvorsorge stärken.

Wie wichtig das ist, zeigte sich schon bei der Behandlung unseres Antrages, alle Mieterhöhungen in der Coronazeit auszusetzen und rückgängig zu machen. Während in Berlin und mehreren anderen Städten keine Mieterhöhungen während der Coronazeit vorgenommen wurden, lehnt die *ProPotsdam* das rundweg ab. Im Sozialausschuss teilte **Jörn-Michael Westphal**, Geschäftsführer der *ProPotsdam*, mit, dass die *ProPotsdam* nur während des anhaltenden Lockdowns keine weiteren Mieterhöhungen vornehmen will. Die *ProPotsdam* orientiere sich dabei an einem Inzidenzwert von 50.

Welchen sozialpolitischen Sinn eine Kopplung der Mieterhöhung an einen tagesaktuellen Inzidenzwert haben soll, erschließt sich mir nicht. Aber das Signal ist angekommen. Wenn die *ProPotsdam* nicht durch ein Bürgerbegehren dazu gebracht werden kann, ihre Mieten zu deckeln, wird sie aus der Spirale *Mietsteigerung – steigender Mietspiegel – Mietsteigerung* nicht herauskommen.

Retten wir unsere ProPotsdam!

Potsdamer Bürgerbegehren für einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand

www.mietendeckel-potsdam.de

MIETENDECKEL POTSDAM

Wohnen

Erbbaupacht in Potsdam – ein Mauerblümchendasein

VON ARNDT SÄNDIG

Erbbaupacht hätte für eine Stadt wie Potsdam viele Vorteile! Die Kommune bleibt Eigentümerin des Grundstückes und behält damit die Kontrolle über ihre Liegenschaften und deren Verwendung. Sie kann der/dem Erbbaupächter*in vorgeben, wie die Grundstücke genutzt werden sollen und beispielsweise die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums verbindlich und dauerhaft fixieren.

Solche im Erbbaupachtvertrag verankerten Sozialklauseln wirken nachhaltiger als die üblichen Sozialbindungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau, die regelmäßig nach 25, 20 oder schon 15 Jahren auslaufen. Wenn die Stadt private Investoren dauerhaft an Spekulationen und sozial unverträglichen Mietsteigerungen hindern will, darf sie das Eigentum am Grundstück nicht aus der Hand geben. Zudem sichert sich die Stadt durch Erbbaupacht einen stabilen und jährlichen Zufluss an Einnahmen durch die Erbbauzinsen.

Vielleicht liegt hier jedoch schon einer der Gründe, warum die Landeshauptstadt Potsdam bislang mit dem Instrument der Erbbaupacht – anders als andere deutsche Städte mit Zuzugstendenz – erstaunlich wenig anzufangen weiß. Zwar sind die regelmäßigen Erträge aus Erbbaupacht auf lange Sicht höher als die einmaligen Effekte, die der Kommune durch einen Verkauf von Immobilien zufließen. Wer jedoch Liegenschaftspolitik stets von der Hand in den Mund betreibt, ist auf die kurzfristigen Einnahmen aus Immobilienverkäufen angewiesen – vor allem dann, wenn diese Einnahmen schon im Haushalt der Landeshauptstadt, eines Sanierungsträgers oder der *ProPotsdam* eingepreist sind.

So nimmt es nicht Wunder, dass die Stadt beim neuen *Kunst- und Kreativzentrum* an der Plantage trotz anderslautender Willensbekundung im Vertrag der rot-rot-grünen Rathauskooperation und dem Vorliegen eines Angebotes auf Erbbaupachtbasis schlussendlich doch (wieder mal) der Veräußerung eines Grundstücks zustimmte. Nachhaltigkeit geht anders.

Leider benutzt auch die *ProPotsdam* – hundertprozentige Tochter der Landeshauptstadt – das Instrument der Erbbaupacht bestenfalls als *Plan C*. In den zurückliegenden Jahren musste man in Potsdam den Eindruck gewinnen, die *ProPotsdam* erwäge Erbbaupacht nur dann, wenn sie die Bewirtschaftung einer Immobilie in Eigenregie aus finanziellen oder rechtlichen Gründen – Denkmalschutz und Urheberrecht seien genannt – als zu riskant und unrentabel erachtete. Was Potsdams größte kommunale Holding nicht stemmen konnte oder wollte, wurde privaten Initiativen zu hochproblematischen Konditionen angeboten bzw. zugemutet.

Beim Terrassenhaus an der Nutheschlange sah das Angebot für potentielle Erbbaupächter*innen 2019 eine „zweistufige Erbbaupacht“ vor. Zunächst sollte der oder die potentielle Pächter*in innerhalb von drei Jahren ohne Sicherheiten sanieren. Erst nach Abnahme der Sanierung durch die *ProPotsdam* sollte dann der „echte“ Erbbaupachtvertrag geschlossen werden. Das ganze Verfahren war ein absichtsvolles Übervorteilen aller potentiellen Interessierten, das offenbar nur dem Zweck diente, nachher sagen zu können, man sei dem Wunsch **Mike Schuberts** nachgekommen und habe auch mal Erbbaupacht angeboten. Nebenbei betrieb die *ProPotsdam* den Urheberrechtsstreit, der sich um den eigentlich intendierten Abriss des Terrassenhauses dreht, mit dem Architektenpaar weiter. Schließlich brach die Stadt das unehrliche Erbbaupachtverfahren um das Terrassenhaus 2020 ohne transparente Kommunikation kurzerhand ab.

Nur wenig besser macht es die *ProPotsdam* bei einer anderen Immobilie – der Lennéstraße 54/55. Auch dieses Objekt ist marode. Eine Sanierung wird von der Gesellschaft vor allem aufgrund des Zustands als unwirtschaftlich betrachtet, zumal dabei die Denkmalsatzung „Innere Brandenburger Vorstand“ und die Erhaltungssatzung „Brandenburger Vorstadt“ zu beachten sind. In einem zweistufigen Konzeptverfahren wurden potentielle Interessent*innen aufgefordert, ein Nutzungskonzept auf Erbbaupachtbasis einzureichen.

Was nach einer wünschenswerten Konzeptvergabe aussah, entpuppte sich jedoch schnell als verkapptes Höchstgebotsverfahren. Die Höhe des angebotenen Erbbaupachtzinses floss mit 50 Prozent in die Bewertung der eingehenden Angebote ein. Bei einem Mindesterbbauzins von 4 Prozent (68.000 Euro/Jahr) verzichteten potentielle Interessent*innen wie die Projektgruppe *Das Blaue L* und eine Wohnungsgenossenschaft, der auch aktuelle Mieter*innen der Häuser angehören, von vornherein auf ein Angebot. Sozialverträgliche Mieten sind anhand eines Zinssatzes von 4 Prozent nicht darstellbar. Auch die Geschäftsführung der *ProPotsdam* räumt inzwischen ein, dass das Objekt zu diesen Konditionen für sozial engagierte Initiativen nicht geeignet ist und stellt das Ganze als Missverständnis dar. Allerdings galten Baugruppen mit sozialen und inkludierenden Ansätzen und Interessierte aus der Kreativwirtschaft offiziell als Zielgruppe der *ProPotsdam*-Ausschreibung. Die Erwartungshaltung, in der Ausschreibung geringere Erbbaupachtzinsen vorzufinden, so wie sie in anderen deutschen Städten bei ähnlichen Vorhaben üblich sind, wurde durch die *ProPotsdam* selbst geschürt.

Im Mai wird sich die Stadt im Rahmen der *Werkstatt Döberitzer Straße* ein weiteres Mal dem Thema Erbbaupacht nähern. Auf dem Objekt in Fahrland sollen laut Beschluss der Stadtverordneten vom März 2020 mindestens 50 Prozent sozial gebundene Wohnungen entstehen. Die aNDERE wird an der Werkstatt teilnehmen und sich auch darüber hinaus für Erbbaupacht als starkes Instrument bezahlbaren Wohnens einsetzen.

Wohnen

Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!

Teil 7 – und Schluss

VON ARNDT SÄNDIG

In der vergangenen Legislaturperiode erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der *ProPotsdam* – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stieg die Aufwandsentschädigung von 100 auf 550 Euro pro Sitzung. Doch den Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität ließen die Fraktionen der damaligen Rathauskooperation nicht gelten. Die Bürde der Verantwortung müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent schien der dahingeschiedenen Kooperation aus SPD, CDU und Grünen plausibel.

DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied die Diätensteigerung an die Wähler*innengruppe zurück. DIE aNDERE unterstützt mit diesem Geld die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe sorgfältig und verantwortungsbewusst ausgewählter, Projekte.

Kein anderes Thema bewegt Potsdam so sehr wie die Frage nach einer funktionierenden kommunalen Daseinsfürsorge bei der Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen. In der Vergangenheit wurde die *ProPotsdam* durch die SPD-geführten Stadtregierungen zumeist als Instrument der Stabilisierung des kommunalen Haushalts oder zur Übernahme unternehmenszweckfremder Aufgaben missbraucht. Die Angliederung des Tourismusmarketings an die *ProPotsdam*, die bis heute geplante Abführung von Gewinnen an den Stadthaushalt, der gescheiterte Versuch des Ankaufs des *Mercure Hotels* zum Zwecke seines ideologisch motivierten Abrisses oder die Umlage von Baukosten freifinanzierten Neubaus, wie in der Speicherstadt, auf die Bestandsmietenden ... die Liste ließe sich fast endlos fortsetzen.

Bereits 2020 formierte sich in Potsdam eine Gruppe von Mieter*inneninitiativen und Menschen, die ihre Verdrängung befürchten, zu einer Initiativgruppe für ein Bürgerbegehren. Künftig sollen alle Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungen unterbunden werden, die mehr als ein Prozent der Kaltmiete innerhalb der letzten fünf Jahre betragen. **Durch das Begehren wird – anders als beim Berliner Mietendeckel – nur über die kommunalen Wohnungen entschieden werden, weshalb das Bundesverfassungsgericht nicht eingreifen kann.**

Seit dem **01. Juni** sammeln die Initiator*innen in Potsdam Unterschriften, um die notwendigen etwa 16.000 Unterschriften zügig zusammenzubringen. Doch ein Bürgerbegehren verursacht erhebliche Kosten. Druckkosten für die Unterschriftenlisten sind da noch das Wenigste.

Die Kosten für den Druck von Flyern, die die abenteuerliche „Kostenschätzung“ der *ProPotsdam* hinsichtlich der Folgekosten des Begehrens ad absurdum führen, gehen schon eher ins Geld. Auch Veranstaltungen, welche das Begehren inhaltlich unterfüttern und Honorare für dort einzuladende Expert*innen sind nicht aus der Portokasse zu stemmen.

Doch gerade für diese Kosten werden wir die zurückgespendeten Diäten einsetzen. Die *ProPotsdam* leistet hier wenigstens indirekt einen Anteil, ihre Verantwortung gegenüber einer funktionierenden kommunalen Daseinsfürsorge wieder wahrzunehmen. Ohne das finanzielle Engagement der *ProPotsdam* wäre die Wähler*innengruppe DIE aNDERE gezwungen, das Bürgerbegehren aus Eigenmitteln zu finanzieren. Diese können nun zugunsten anderer wichtiger Aktivitäten geschont werden.

DANKE *ProPotsdam*!

Impressum

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE.

Potsdam – Juni 2021

DIE aNDERE

An diesem Heft haben mitgewirkt:
LUTZ BOEDE, ANJA HEIGL, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, STEFFEN PFROGNER, ARNDT SÄNDIG

Gestaltung: **MARCUS GROßE** ▸ www.marcus-grosze.de

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
@DIEaNDEREPotsdam

Endlich: Durchbruch an der Spitze

Salomonischer Kompromiss beim Streit um den Turmschmuck gefunden

I ♥ DIGKSI